

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 32, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3161

Inhalt:

Die Erhaltung der Betriebskrankentassen. — Unsere internationale Tagung. III. — Wenn du aber gar nichts hast. . . — Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906. III. — Die Verhältnisse bei der Straßenreinigung in Dresden. — Gaulkonferenz der 8 Krankentreise. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die Erhaltung der Betriebskrankentassen.

Unter dieser Stichmarke brachte die Nr. 34 der „Gewerkschaft“ in der Rubrik „Aus der Praxis für Arbeiterversicherung“ einen Aufsatz, welcher den Auszug eines Artikels Professor Stier-Somlos im „Reformblatt für Arbeiterversicherung“ darstellt. Die Form und Art, in welcher derselbe Aufnahme in unserem Verbandsorgan gefunden hat, bedingt, daß die Auslassungen des — wie gesagt wird — „erfahrenen Sachmanns“ Stier-Somlo an dieser Stelle eingehend besprochen werden; denn sie bedeuten nichts mehr und nichts weniger, als den krassen Gegensatz der Anschauungen, welche gegenwärtig von allen praktisch tätigen Kennern der Arbeiterversicherung vertreten werden. Zwar hat ja die Redaktion der „Gewerkschaft“ in Nr. 37 nachdrücklich erklärt, daß sie keineswegs Stier-Somlo beistimme; leider kam dies etwas spät. Denn der bewußte fast ohne Kommentar wiedergegebene Aufsatz hatte bereits den Zersplitterern der Arbeiterversicherung in einer Versammlung in Schöneberg als Material herhalten müssen, indem der Referent, ein Stadtverordneter — natürlich ein „liberaler“ —, unseren im Kampf gegen den Plan einer städtischen Betriebskrankentasse liegenden Kollegen gegenüber die „Gewerkschaft“ ausspielte.

Um eventuellen erneuten Versuchen nach dieser Richtung zu begegnen, sei im nachfolgenden der „Wert“ der Betriebskrankentassen etwas näher betrachtet.

Wer, wie Stier-Somlo, die schweren Nachteile der Betriebskrankentasse merkwürdigerweise zwar Punkt für Punkt einseht, sieht aber nur eine untergeordnete Bedeutung beimisst, der verkennt die Grundmotive der Arbeiter-Krankenversicherung vollständig und beurteilt schließlich den Wert der diversen Versicherungsträger vom fiskalischen Standpunkt aus. Unter diesem engen Gesichtswinkel ist es allerdings leicht, „ein günstiges Ergebnis“ festzustellen. Nur bleiben dabei Dinge außer Betracht, welche für die Versicherten und für die Entwicklung der Arbeiterversicherung von außerordentlicher Bedeutung sind.

Eine unerläßliche Vorbedingung für die Erfüllung der der Krankenversicherung zugrunde liegenden Aufgaben ist die Konzentration der Organisationsformen. Sollen die Versicherungsträger, die Tassen, im Interesse der Versicherten leistungsfähig gemacht werden, so ist das nur möglich auf der Basis großzügiger Organisation. Zwangstassen werden so wenig wie Kleingebilde auf allen anderen Gebieten in irgendeiner nennenswerter Weise fortschrittliche Tendenzen betätigen können. Schon der der Arbeiterversicherung innewohnende soziale Gedanke, die solidarische Unterstützung des wirtschaftlich Schwachen durch den wirtschaftlich Starken, die Hilfsbereitschaft aller für den von den Lebensstürmen arg Mitgenommenen — schon dieses Grundprinzip verbietet eine Zer-

splitterung der Kräfte, und verlangt eine Vereinigung derselben zum gemeinsamen Werk. Ein weiteres Postulat für die Handhabung und den Ausbau der Arbeiterversicherung ist die Selbstverwaltung, d. h. die Leitung der Versicherungsträger durch die Versicherten. Nur diese selbst werden darüber entscheiden können, nach welcher Richtung im Interesse ihrer selbst die innere und äußere Ausgestaltung der Tasse sich bewegen muß. An dem ausschlaggebenden Einfluß derjenigen, für welche die ganze Arbeiterversicherung doch nur da ist, der Arbeiter nämlich, muß unverrückbar festgehalten werden.

Entsprechen denn nun die Betriebskrankentassen diesen eminent wichtigen Grundlagen? Nein, in keiner Weise!

Die Betriebskrankentassen begünstigen die ohnedies durch den Mangel einer örtlichen Zentralisation der Ortskrankentassen schon vorhandene Zersplitterung nur noch mehr. Aber was schlimmer ist: sie verschulden durch die Entziehung der großen Risiken geradezu das Fortbestehen von kleinen Ortskrankentassen, welche durch die Zugehörigkeit der Betriebe mit größerer Krankheitsgefahr gefährdet sind. Denn die Unternehmer der letzteren denken naturgemäß nicht an die Errichtung von Betriebskrankentassen, weil die Pflicht der Zuschußleistung bei eventueller Ebbe der Tassenfinanzen (§ 63 des A.-V.-G.) sie davor zurückschrecken läßt. Betriebskrankentassen errichten zumeist nur Unternehmer von Betrieben mit geringer Krankheitsgefahr, so daß den Ortskrankentassen die großen Risiken verbleiben (wozu die weiblichen Mitglieder in erster Reihe zählen) und deren Leistungsfähigkeit stark herabsetzen. Die wenigen Ausnahmen von jangswießer Errichtung von Betriebskrankentassen auf Grund § 60 A.-V.-G. ändern daran nichts; im übrigen könnte bei zweckmäßiger Vereinheitlichung der ganzen Krankenversicherung, auf diesen Zwang verzichtet werden.

Stellt man zu dem eben Gesagten nun die ziffernmäßigen „günstigen Ergebnisse“ Stier-Somlos in Vergleich, so fällt ihr Wert ohne weiteres in sich zusammen. Die scheinbar „besseren“ Leistungen der Betriebskrankentassen können gar nicht gegen die der Ortskrankentassen ausgespielt werden, weil erstere einen wesentlich anders gearteten und willkürlich gestalteten Mitgliederkreis haben. Es liegt eben im System der Betriebskrankentassen ein gewaltiges Stück Egoismus, der für sich angenehme Einrichtungen schafft, ohne sich um die wirtschaftlich Schwächeren zu kümmern. Zum Glück findet ja heute in den Kreisen der aufgeklärten Arbeitererschaft ein derartiger Mangel an Allgemeinmenschlichkeit keine Resonanz mehr.

Die Arbeitererschaft weiß aber auch sonst noch die Betriebskrankentassen einzuschätzen. Nicht selten sind es politische Motive, welche den Unternehmer bestimmen, „seine“ Arbeiter der Ortskrankentasse beziehungsweise deren „sozialdemokratisch verfeindeten“ Vorstände zu entziehen. Und in diesem Punkte machen die Städte keine Ausnahme. Bei den Verhandlungen über die Errichtung der städtischen Betriebskrankentasse im Nirdorfer Stadtverordnetenkollegium spielte dieses Moment seinerzeit eine gewichtige Rolle. Den neuesten Bestrebungen in Schöneberg liegt zweifellos das gleiche Motiv in erster Reihe zugrunde. Der Haß der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch spielt eben leider auch in der Arbeiterversicherung eine Rolle. Der Unternehmer will „herr im eigenen Hause“ sein und sich vom Arbeiterverband der Ortskrankentasse in die sanitären Verhältnisse seines Betriebes nicht drin reden lassen.

Uebrigens tritt in den gesetzlichen Bestimmungen für die Betriebskassen das Prinzip der Stärkung des Unternehmereinflusses und damit Schwächung des Arbeitnehmerelements zutage. Die Selbstverwaltung der Versicherten wird zum Schemen. Zwar sucht ja Stier-Somlo diese Tatsache durch ein artig Vieklein über das notwendige harmonische Zusammenarbeiten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer schmachthafter zu machen, indem er die „Herren im eigenen Hause“ als gar nicht so böseartig hinstellt, wie behauptet wird, und schließlich als *Nata Morgana* die konstitutionelle Fabrikorganisation erscheinen läßt, welche nach seiner Ansicht auch die Krankenversicherung im Betriebe einschließt. Was es mit der berühmten „Harmonie“ in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung auf sich hat, wissen die Arbeiter besser als Herr Professor Stier-Somlo; davon erhalten sie Proben genug zu kosten. Nun aber der konstitutionelle Fabrikbetrieb mit dem Arbeiter als Industriebürger! Dieser schöne Gedanke ist zwar auch ein Ziel der kämpfenden Arbeiterschaft, dürfte aber in der bürgerlichen Gesellschaft neben dem Reichstagsabgeordneten Naumann nur sehr wenige Freunde haben, so daß es reichlich verkrübt ist, wenn Stier-Somlo schon jetzt damit operiert — ganz abgesehen davon, daß die für die Gesamtarbeiterschaft bestimmte Versicherung auch dann durchaus nicht durch Einzelbetriebs-Organisation geregelt werden darf. Lassen wir diese Zukunftsnebel beiseite und halten wir uns an dem, was ist.

Schon die Schaffung der Grundlagen der Betriebskassen ist ausschließlich dem Unternehmer vorbehalten. Sowohl der Erlass als auch Änderungen des Statuts ist sein ausschließliches Recht. Die Kassennmitglieder sollen darüber zwar „gehört“ werden, doch brauchen Einwendungen keineswegs beachtet werden. Bei der Auswahl und Bestellung des Rechnungs- und Kassenvorgängers ist auf Grund § 64 R.-V.-G. das Mitbestimmungsrecht des Vorstandes in der Betriebskasse ausgeschaltet. Ebenso wenig ist der Generalversammlung ein ausschlaggebendes Recht bei Anstellung weiterer Beamten eingeräumt, wohingegen die über die Rechnungs- und Kassenvorgänger hinausgehenden Mäßen von der Massenverwaltung zu tragen sind. Eine ganz ungeheuerliche Rechtsverkürzung liegt in der Veräußerung des Stimmrechts denen gegenüber, die nach § 27 R.-V.-G. freiwilliges Mitglied der Kasse bleiben. Sie dürfen wohl nach ihrem Austritt aus dem Betriebe weiterzahlen — und zwar auch den Anteil des Arbeitgebers —, aber ein Einfluß auf die Kasse ist ihnen unmöglich gemacht. Angesichts dieser Dinge die ganz erhebliche Einschränkung der Selbstverwaltung zu bestreiten, ist Herr Stier-Somlo vorbehalten. Er nennt das eine „Eigenart“ der Verwaltung und meint: „Es ist daher in keiner Weise gesagt, daß die Selbstverwaltung eine geringere sein muß bei den Betriebskrankenkassen als bei den Ortskrankenkassen.“ Jeder Praktiker der Krankenversicherung wird den in diesem Satz liegenden Optimismus, dem die realen Tatsachen entgegenstehen, bewundern.

Zu all dem kommt noch manches andere. Die Verletzung des Unternehmers, über den Gesundheitszustand des in den Betrieb neu einzustellenden Arbeiters ein Attest zu fordern, bedeutet eine Einschränkung der Arbeitsgelegenheit überhaupt. Einmal wird dadurch der Arbeiter, dessen Gesundheit durch die moderne Produktionsweise meist keine Felsenfeste ist, der Armutspforte zugetrieben — andererseits verbleiben diese Zurückgewiesenen den Ortskassen und wirken durch ihre Zahl schließlich so niederdrückend auf die Gesamtversicherung. — Der Eintritt häufiger und anhaltender Erkrankungen bei den in Betriebe Beschäftigten läßt ferner das Tamossescheit der Entlassung ständig über deren Köpfen schweben. Kranke Arbeiter braucht man ja nicht, für sie gibt's geschunden Ersatz. Die Folge ist Verheimlichung der Krankheiten, was gewiß nicht die Volksgesundheit fördern dürfte. —

Und nun noch ein Wort zu einer anderen Seite der Leistungsfähigkeit der Betriebskassen! Jeder in sozialer Hinsicht Weitblickende verlangt von der Krankenversicherung die Fortentwicklung beziehungsweise Ausgestaltung auf breiterer Basis als bisher geschehen. Zunächst kommt da eine Erweiterung in der Richtung der Familienfürsorge in Betracht. So erstrebenswert dies ist, so wenig ist es auf Grundlage von Betriebskassen zu wünschen; denn hier wäre mit dieser Wohlthat zweifellos die Gefahr der Fesselung der Versicherten an die Betriebsstätte verbunden, für welche sich der Arbeiter mit Recht bedankt. Im übrigen haben auch die Unternehmer wenig Neigung für eine derartige Ausdehnung ihrer Kassen auf die Familien der Arbeiter, welche letztere recht große Risiken darstellen und ihm daher Kosten machen könnten infolge der Zuschulpflicht. — Und werden die Betriebskassen je in Frage kommen für die schon viel zu lange hinausgeschobene Versicherung der Dauerwerbetreibenden usw.? Gewiß nicht! Da werden wieder die Ortskassen heranziehen müssen, umso mehr als gerade

diese Arbeitergruppe eine sehr große Krankheitsgefahr zu verzeichnen hat und infolgedessen der Stütze der Gesamtheit der Versicherten bedarf.

All diesen vorgeführten Schädlichkeiten, die die Arbeiterschaft wahrhaftig schwer genug empfindet, weiß Stier-Somlo nichts weiter entgegenzustellen als gewisse Lasten und Pflichten des Unternehmers (Kosten der Rechnungsführung, Vorschuß- und Zuschulpflicht), von denen jeder Eingeweihte weiß, daß es in der Macht des letzteren liegt, sie auf ein Minimum zu reduzieren, wenn nicht überhaupt ganz auszuschalten. Gegenüber diesen Ansichten des Nachmannes Prof. Stier-Somlo muß denn doch festgestellt werden, daß — wie im vorstehenden wohl hinreichend nachgewiesen ist — bei der Errichtung einer Betriebskrankenkasse lediglich der Unternehmer zu gewinnen hat, der Arbeiter aber vieles verliert: sein ihm unbedingt zustehendes Selbstbestimmungsrecht bei der Gestaltung der für ihn geschaffenen sozialen Versicherung. Nur durch seine unbeschränkte Mitarbeit wird diese eine Entwicklung im Sinne der heutigen sozialen Erkenntnis erfahren. Diesen einzig richtigen Standpunkt hat neuerdings auch die XIV. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche eingenommen, welche am 19. August in Mannheim tagte. Hier waren ausschließlich Männer vom Fach beisammen, darunter auch viele Arbeitgeber, die einstimmig in ihren Thesen die entgegengesetzte Auffassung als die Stier-Somlos niederlegten. Das kann auch nicht anders sein, sofern nicht für Verteilung der Sache nur falsche, sondern vor allem höhere Gesichtspunkte herangezogen werden, die vom Interesse der Allgemeinheit diktiert sind. Die Versicherten mögen aber den Schluss aus solchen Auslassungen ziehen, daß sie angesichts der geplanten Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung auf der Hut sein müssen, um nicht eine weitere Verkürzung ihrer so karglichen Rechte auf diesem Gebiete zu erfahren. Insbesondere müssen wir gegen die Erhaltung der Betriebskrankenkassen ganz energisch Front machen. Wy-

Unsere internationale Tagung.

III.

Stuttgart, den 27. August 1907.

Der Vorsitzende A. Rohs, Berlin eröffnet die Sitzung kurz nach 9 Uhr vormittags.

Es wird fortgefahren in der Verhandlung über „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die allgemeine Fürsorge der Arbeiter in öffentlichen Betrieben.“

Se bald, München: Die Lage der bayerischen Staatsarbeiter verdient noch besonders beleuchtet zu werden. Sie sind noch viel zurück in ihrer materiellen Lage als die Gemeindearbeiter. Dabei ist das Zentrum, das sich nach außen hin so arbeiterfreundlich gebärdet, in der Majorität! Ganz besonders traurig steht es bei den Salinenarbeitern. Auf 6 Stunden Arbeit folgen 6 Stunden Ruhe, dann gleich wieder 6 Stunden Arbeit und sofort bis die gesetzlich bedingte zehnstündige Ruhepause eintritt. Für Großstädte wurde ich es auch für viel besser erachtet, wenn die Lohnskala überhaupt in Wegfall kommt. Kollege Tittmer hat schon erwähnt, daß das System der Versorgungslöhne einer einschneidenden Änderung bedarf. Besonders in München wird der Arbeiter, nachdem er 6.000 Mk. eingezahlt hat, schwer für unsere Bewegung zu haben sein. Aber auch er selbst fährt bei dem jetzigen System sehr schlecht. Solange nicht von Seiten des Staates etwas Zweckmäßiges geschaffen wird, werden auch die Verhältnisse darin nicht wesentlich gebessert werden. Die periodischen Lohnserhöhungen sind in der gegenwärtigen Verfassung von recht zweifelhafter Güte. Wenn wir eine einzige Lohnskala hätten, ließe sich darüber reden, aber die gegenwärtigen viel zu langfristigen Lohnstufen erweisen sich oftmals hundertfach bei der Vervielfachung der Lohnverhältnisse. In der Schweiz sollen Monatslöhne eingeführt werden. Dagegen muß ich mich erklären, zumal der Arbeiter nicht einen vollen Monat auf den Lohn warten kann. Wir sollten unbedingt Wochenlöhne verlangen. Der städtische Arbeiter muß sich immer in Gemeinschaft fühlen mit den anderen Arbeiterkategorien.

Genüßlich, Zürich teilt mit, daß trotz des Monatslohns in der Schweiz zweiwöchentliche Lohnzahlung bestehen bleiben soll. Wühl, Berlin: Es ist überaus interessant zu erfahren, daß in der Schweiz ein Zustand existiert, wonach der städtische Arbeiter den 5. oder 6. Teil des Nötigsten des ersten Kommunalbeamten erhalten. Die Entbehrungslöhne der Oberbürgermeister in Deutschland von 30.000 Mk. stehen dagegen in keinem Vergleich zum Lohn der Arbeiter. Die Bestrebungen für Monatslöhne erscheinen für Deutschland nicht anwendbar. Wir müssen zwar um jeden Preis Verbesserungen für die Arbeiter herausheben, aber von den gegenwärtig zum Teil gezahlten Stundenlöhnen müssen wir zunächst zu Wochenlöhnen kommen, damit wir auch die Bezahlung der Feiertage usw. durchsetzen können. Die

langen Lohnstufen sind vom Hebel. Wir müssen die Stufen zusammenbringen. Wenn Kollege Altvater sagte, wir wollen überhaupt alljährlich unseren Tarif ändern können, so dachte er dabei wohl an regelmäßige Lohnstarifabschlüsse. Dem stimme ich zu; denn Tarife, zwischen Organisation und Stadt abgeschlossen, müssen auch unser Ziel sein.

Schoonderwoerd: Holland legt die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der holländischen Kollegen im einzelnen dar. Er erklärt sich besonders gegen die Monatslöhne. Man will die Arbeiter als Beamte charakterisieren und hofft, dies würde schließlich ihrem Organisationsstreben hinderlich sein. Der Lohn sollte jedenfalls unbedingt wöchentlich ausbezahlt werden.

Bürger: Hamburg: Wir haben in Hamburg die Absicht, eine einheitliche Lohnskala festzulegen, damit wurden wir entgegengegesetzte Bestimmungen aufstellen, wie das Kollege Sebold will. In Hamburg haben wir seit langem Wochenlöhne verlangt; man zahlt nämlich in der zweitgrößten Stadt Deutschlands noch immer Stundenlöhne. Schon der § 616 B. G. B. wird damit gewissermaßen illusorisch gemacht. Das kann man getrost als einen Verstoß gegen die guten Sitten betrachten. Grundsätzlich möchte ich mich auf den Standpunkt stellen, daß die höhere Lohnform die bessere ist, also wenn es sein kann: Monatslöhne. Desgleichen halte ich auch die Lohnstufen durchwegs für zweckmäßig. Es sind zwar gewisse Mängel vorhanden bei den langfristigen Lohnstufen. Sie müssen also kurzfristig sein, aber die steigende Lohnskala ist eine Notwendigkeit, um überhaupt einmal Lohnerböhrungen zuwege zu bringen. Viele Stadtverwaltungen, darunter natürlich auch Hamburg, kommen zu gerne daher und sagen: „Was? Voriges Jahr habt Ihr erst mehr verlangt!“ Früher standen die Löhne der städtischen Arbeiter durch die Paue unter denen der Privatindustrie. Das hatte seinen Grund in dem Rehlen unserer Organisation. Allmählich beginnt das besser zu werden. Wir haben die steigenden Lohnstufen verlangt und jagten, die Höchstlöhne müssen nach drei Jahren erreicht werden. Die Dienstalterszulagen betrachte ich von dem Standpunkte aus, daß der Arbeiter die Sicherheit haben will, fortlaufend vorwärts zu kommen. Ich teile nicht den Standpunkt Altvaters, Sebolds und Wukts, daß neue Arbeiter denselben Lohn erhalten sollen wie derjenige, der bereits 10 Jahre und mehr im Betriebe ist. Es wird zunächst eine technische Einarbeitung erworben. Zudem der Arbeiter ferner bei der Stadt bleibt und seine Arbeitskraft unausgesetzt der Stadt widmet, hat er wohl recht, wenn er höheren Lohn dafür beansprucht. Ich kann auch Sebold und Altvater entgegenhalten, daß ein alterer Arbeiter mit Frau und Kindern mehr braucht, als ein alleinstehender jüngerer. Von allen diesen Gesichtspunkten aus muß die Lohnfrage gleichfalls beleuchtet werden. Die sozialen Fürsorgeeinrichtungen sind ebenfalls überaus notwendig, natürlich darf die Arbeit des Arbeiters in keiner Weise dadurch beschränkt werden. Es ist wohl möglich, daß die Fürsorgeeinrichtungen Arbeiter von den Organisationen abwendig machen sollen, aber das zu verhindern, muß Sache unserer Organisation sein.

Greulich: Zürich: Wir müssen unsere Vertretung vom Standpunkt des Sozialisten betrachten, sonst fahren wir mit der Stange im Nebel herum. Wir erwarten vom Sozialismus, daß die Lage des Arbeiters eine sichere werde. Wir sagen ferner: Für die Handarbeit wollen wir die gleiche Position erringen wie für die Schreibtischarbeit. Es ist nicht richtig, die Handarbeit so unendlich viel niedriger einzuschätzen, als die geistige Arbeit. Wir sagen also: möglichst Sicherheit und damit monatliche Mündigungsfristen. Bei Entlassungen können auch innerhalb dieser Zeit die Anzeigen begangen werden. Der untersten Stufe können wir kaum besser helfen, als durch eine gewisse Sicherstellung des Anfangslohnes. Wir gehen in der Schweiz soweit, daß wir sogar für die Straßenarbeiter und die bei den Leitungen Tätigen die bestimmte Anstellung verlangen und durchsetzen werden, damit endlich einmal die Verschwendung dieser Arbeitskräfte aufhört. Gegenwärtig läßt man diese Leute bei Regen usw. einfach aufhören, weil man schlecht disponiert. Wir verlangen Sicherheit und gleichen Winter- wie Sommerlohn. Ich gebe zu, daß die Kollegen bezüglich der Verkürzung der Zahlungsfristen recht haben. Wir sind ferner entschieden für ganz bestimmte Zulagen. Dann liegt es aber nicht im Interesse des Arbeiters, schon nach 3 Jahren das Maximum zu erreichen, sondern in längeren Fristen. Man stellt sich nun vor, die Lohnbewegungen unter der Zeit werden dadurch verhindert. Aber Sie nehmen die Beispiele aus der jetzigen Zeit der wirtschaftlichen Notstandszeit, wo die Lebensbedürfnisse und die Löhne in der Privatindustrie gestiegen sind. Wenn aber die Zeit vorbei ist und der Himmel nicht mehr voller Wolken hängt, wird sich das auch bei den Gemeindearbeitern zeigen. Am Durchschnitt dauert es bei den Gewerkschaften etwa 10 Jahre, ehe eine höhere Lohnordnung durch bessere Tarife Platz greift. Das weiß ich aus Erfahrung. Nun, unsere Lohnordnung wird innerhalb 10 Jahren gleichfalls sicher geändert. Der schlechteste bezahlte Arbeiter ist der pumpenmacher und je höher und sicherer der Arbeiter materiell steht, desto leichter kann er für den Kampf eintreten. Dieser Gedankengang muß vom sozialistischen Standpunkt aus festgehalten werden.

Schäfer: Köln: Die Preisgabe der ganzen Theorie des Arbeiterbewusstseins brachte notwendige Wandlungen unserer Anschauungen mit sich. Die Lohnstufen legen uns oftmals schwere Hindernisse in den Weg. Wir geben sie natürlich nicht ganz preis, aber wir müssen auf die geistige Reife der Arbeiter etwas mehr Wert legen. Ein großer Teil der Kollegen verneint den Zweck der Lohnstufen nicht. Dr. Leoni hat recht, der Ausbau des Arbeiterrechts muß Hand in Hand gehen mit der intellektuellen Entwicklung der städtischen Arbeiter. Es müßte auch versucht werden, die städtischen Behörden usw. etwas mehr in Kenntnis zu setzen, um mehr Aufmerksamkeit zu erzielen. In diesem Sinne könnten auch die internationalen Verhältnisse als Unterlage verwertet werden.

Wohls: Berlin: Ich sehe mich genötigt, mit in die Diskussion einzutreten, so wie sie sich ausgewachsen hat, führt sie zu keinem Resultat. Schon in der deutschen Delegation sind wir uns nicht einig über diese Dinge, und daher gar nicht in der Lage, positives zu beschließen. Ich würde vorschlagen, daß in den einzelnen Ländern diese Frage diskutiert wird, um auf der nächsten internationalen Konferenz diese Sache erneut zu beraten. Dann können wir versuchen, etwas Zweckdienliches zu schaffen.

Sebold: München: Von den sozialpolitischen Einrichtungen der Stadtverwaltungen habe ich eine sehr pessimistische Auffassung. Sie sind zum Teil nicht zum Wohle der Arbeiter geschaffen, sondern aus dem Bestreben, die Arbeiter von der Organisation zurückzuhalten. Laut Gewerbeordnung kann man jeden Tag den Arbeiter entlassen. Die monatliche Mündigung würde also bloß ein Scheinmittel für die Arbeiter sein. Ich bin also entgegengelegter Meinung wie Genosse Greulich.

Lisch: Dresden: Wir haben bisher stets für die Lohnstufen gestimmt und das mit Recht. Deswegen müssen wir voll und ganz für die sozialen Fürsorgeeinrichtungen eintreten.

Altvater: Stuttgart: Ich bleibe bei meinem Standpunkt, daß die längeren Lohnstufen nicht zweckmäßig sind. Wir finden leider nur zu häufig, daß unsere Kollegen, die zu Beamten gemacht werden, aus unseren Reihen verschwinden. Vielleicht geht man dann zu einer Unterbeamten-Organisation, die patriotische und sonstige Dinge anstrebt, anstatt für wirtschaftliche Fortschritte einzutreten. Wir haben in dieser Beziehung bittere Erfahrungen gemacht. Wir müssen schon vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus dafür sorgen, daß die Organisation nicht entbehrlich wird. Wir machen sie entbehrlich, wenn die Arbeiter in vierwöchentlicher Mündigung stehen.

Dittmer: Berlin behandelt im Schlußwort zusammenfassend die stattgehabte Diskussion. Die Statistik über die städtischen Arbeiter läßt in Deutschland noch alles zu wünschen übrig, trotzdem zahlreiche Städte seit vielen Jahren statistische Ämter besitzen. Modern verweist in dieser Beziehung auf Zürich und neuerdings Dresden. Der Ertrag vieler städtischer Industriezweige wird immer profitabler, trotzdem will man dem Arbeiter nichts bewilligen. An der Forderung des Minimallohnes wird festgehalten, doch steht dem nichts im Wege, die Lohnstarife gesondert von der Arbeitsordnung einzuführen. Das wird in den Städten mit allgemeinen Arbeitsordnungen auch bereits gemacht. Leider fehlen die letzteren noch fast überall. In Kopenhagen, wo die Gemeindeunternehmungen weiter ausgebaut sind, wägen allerdings die speziellen Fürsorgeeinrichtungen weniger ins Gewicht fallen, anders in Deutschland. Die periodischen Lohnerböhrungen sind in jeder Beziehung notwendig und richtig. In sie werden neuerdings immer häufiger auch für die Privatindustrie festsitz der organisierten Arbeiter gefordert. Anknüpfen wir an das Besondere an und fordern wir für Verkürzung der viel zu langen Lohnfristen von 15 und mehr Jahren wenn man inzwischen nicht schon gestorben ist, in denen oftmals erst die Höchststufe erreicht werden. Aber auch die Wochenlöhne erscheinen bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge in Deutschland als das wünschenswerteste Ziel. Daß mit den monatlichen Mündigungsfristen den Arbeitern gedient sein soll, erscheint außerdem sehr fraglich. Wir haben reiche Gegenbeispiele aus dem Bereich der Kranken- und Altersrenten, wo es trotz monatlicher Mündigung wie in einem Taubenschlag zugeht. Davon profitieren nur die Verwaltungen oder vielmehr sie nutzen die Situation für sich aus. Vorteilhafter wäre schließlich auch für sie ein stabileres Verhältnis. Wir dürfen uns als Organisation jedenfalls getrost zutrauen, auch für unsere Kollegen eine Bewandlung zu bleiben, selbst wenn man a la Dresden mit Beamtenrenten gegenüber uns vorgibt. Die bloße Erinnerung vermag ebenso wenig wie eine diesbezügliche Uniformierung und dergleichen unseren Bestrebungen Abbruch zu tun. Ich empfehle, um auch hier etwas Positives zu schaffen, eine Resolution, die sich an die deutschen Programmforderungen anlehnt.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird unter Hinweis auf die zutage tretenden verschiedenartigen Auffassungen beschlossen, von bestimmten Richtlinien abzusehen. Die zu diesem Punkt der Tagesordnung angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

In Erwägung, daß die Organisationen der in öffentlichen Betrieben tätigen Arbeiter mit aller Macht für die Verbesserung

der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie auch größerer Arbeiterfürsorge einzutreten haben, beschließt die Konferenz, zur Orientierung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter aller Länder regelmäßig die Statistiken der einzelnen Organisationen über diese Fragen auszutauschen, selbige branchenweise zusammenzustellen und in kleinen Heften herauszugeben.

Von Aufstellung bestimmter, allgemein für alle Organisationen geltender Forderungen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in öffentlichen Betrieben tätigen Arbeiter wird von der Konferenz Abstand genommen. Die einzelnen Bruderorganisationen werden verpflichtet, über diese Punkte unter ihren Mitgliedern gründlich zu diskutieren und mit ihren auf diese Weise gewonnenen Ansichten an die nächste Konferenz heranzutreten.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: „Internationale Verbindung und gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen“ berichtet van Dinte-Holland, der gleichzeitig namens der holländischen Kollegen die Schaffung eines internationalen Sekretariats beantragt. Wir wollen, daß alljährliche Statistiken herausgegeben werden. Eine feste Unterstützung bei Lohnkämpfen festzulegen, ist vielleicht noch etwas zu frühzeitig, aber irgendwelche Beiträge werden wir zahlen müssen. Es wird ferner zweckmäßig sein, unsere internationalen Konferenzen im Anschluß an die internationalen Arbeiterkongresse abzuhalten, wie es auch diesmal geschehen ist.

Wohls-Berlin: Die Anträge von Holland sind wohl gut gemeint, wenn wir aber nichts erheben, würde der deutsche Verband der zumeist zahlende sein. Will man jemanden haben, der die Verantwortung der internationalen Geschäftsstelle trägt, so wäre dies ja nach unserem Vorschlag der jeweilige Vorsitzende des deutschen Verbandes. Uebersetzungen müssen bezahlt werden. Mit der Abhaltung der internationalen Konferenz im Anschluß an den Arbeiterkongress bin ich nicht einverstanden. Wir tragen besser unabhängig davon und vielleicht schon eher wie in drei Jahren.

Sörensen-Dänemark: Wir sind gleichfalls für die Wahl eines internationalen Sekretärs, und zwar hier auf der Konferenz. Wenn die diversen Nationen bezahlen sollen, müssen sie auch das Recht haben, den Sekretär zu wählen. Ferner soll zur Unterstützung bei Lohnkämpfen ein Vorschlag vom Sekretär ausgearbeitet werden.

Greulich-Schweiz: Ich glaube, wir können heute nur ein Provisorium schaffen. Wir sind nicht ermächtigt, irgendwelche Zusagen zu machen. Betrachten wir als Sammelstelle des Materials den deutschen Verband. Wir beauftragen die Deutschen, die Ausgaben für Statistiken usw. zu machen, und zwar nur in Deutsch. Wie in der Schweiz können dann die französischen, unter Umständen auch noch die italienische Uebersetzung machen. Die Druckkosten der deutschen Statistiken müßten natürlich im Umlageverfahren von allen angeschlossenen Nationen getragen werden.

In ähnlichem Sinne sprechen sich noch Wukly und Bürger aus. Letzterer hält unsere nächste Zusammenkunft im Anschluß an den internationalen Arbeiterkongress für zweckmäßig und tritt für Kopenhagen im Jahre 1910 ein.

Sörensen-Dänemark und van Dinte-Holland treten in längeren Ausführungen für die Wahl eines internationalen Sekretärs im Nebenamt ein.

Nach längeren Erwiderungen seitens des Kollegen Wohls-Berlin wird folgende Resolution in dieser Sache angenommen:

„Zum Zwecke einer besseren internationalen Verbindung wird der jeweilige Vorsitzende des deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes beauftragt, die hierfür nötigen Arbeiten, wie auch die von der Konferenz beschlossenen Resolutionen zur Erledigung zu bringen. Die Kosten, welche das internationale Sekretariat verursacht, werden alljährlich durch Umlage von den angeschlossenen Organisationen aufgebracht, und zwar entsprechend der Mitgliederzahl derselben. Zur Unterstützung bei Lohnkämpfen ist ein Vorschlag vom Sekretariat ausgearbeitet, welcher dann den angeschlossenen Verbänden zur Beschlußfassung unterbreitet wird.“

Gleichzeitig wird beschlossen, daß die nächste internationale Konferenz im Anschluß an den nächsten internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen stattfindet.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Alkoholf Frage und die Arbeiter in öffentlichen Betrieben“ begründen Schäfer-Köln und Schoonderwoerd-Holland eine begünstigende Resolution.

Nach kurzer Debatte wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die internationale Konferenz steht den Bestrebungen zur Bekämpfung des unmäßigen Alkoholgenußes sympathisch gegenüber. Besonders hält es die Konferenz im Interesse der Förderung des körperlichen und geistigen Wohles, wie auch der Pflege des gewerkschaftlichen Gedankens für unerlässlich, dahin zu

wirken, den Genuß alkoholhaltiger Getränke in öffentlichen Betrieben möglichst zu beseitigen. Die Konferenz betrachtet es als eine Pflicht der Betriebsverwaltungen, in den Werken für den nötigen Ersatz, als Kaffee, Tee und dergleichen, Sorge zu tragen.“

Unter „Sonstige Anträge“ macht Pischen-Dresden auf die besonders traurig gearteten Verhältnisse des Krankenhauses personals aufmerksam und wünscht, daß dieser Frage vielleicht auf der nächsten Konferenz näher getreten wird.

Nach den Schlussworten des Vorsitzenden A. Wohls-Berlin sowie Dankesworten des Kollegen van Dinte-Holland wird die erste internationale Konferenz Dienstag, mittags gegen 2 Uhr, geschlossen.

E. D.

Wenn du aber gar nichts hast, . . .

Es war einmal ein Tischler, der im städtischen Lazarett zu Danzig als Krankenwärter beschäftigt wurde. Fünf Jahre lang. Neben der langen Beschäftigungszeit spricht auch ein Zeugnis für die Tüchtigkeit des Mannes. Professor Dr. Barth, Oberarzt des Stadtlazarets, hat in dem Zeugnis bemerkt, daß der Krankenwärter fleißig und nüchtern gewesen sei, daß er sich gute Kenntnisse und Fertigkeiten in der Krankenpflege erworben habe und namentlich in der Pflege Schwerkranker sehr brauchbar gewesen sei. In der Tat, ein glänzendes Zeugnis. Jemandem höherer Beamter der Stadt würde bei gleicher Tüchtigkeit mit Ehrungen überschüttet werden. Jeder höhere Beamte bekommt seine Pension, wenn er dienstuntauglich ist. Laut wird er dann die dankbare Gemeinde preisen, die ihren verbrauchten Kräften gewährt, was ihnen gebührt. Der Krankenwärter sollte die Medaille der Stadt kennen lernen, trotz aller Tüchtigkeit, die er an den Tag gelegt.

Eines Tages sollte im städtischen Lazarett die Sektion einer Leiche vorgenommen werden. Zu den Aufgaben des Krankenwärters gehörte es, Leichen zur Sektion vorzubereiten. Beim Aufschneiden des Schädels der Leiche gelangte ein Knochen splitter in den rechten Mittelfinger des Krankenwärters. Eine Blutvergiftung war die Folge. Sieben Wochen Krankenhausbehandlung. Der verletzte Mittelfinger mußte abgenommen werden. Als der Krankenwärter das Krankenhaus verließ, war er ein Krüppel.

Wer war der Schuldige? Böse Menschen behaupten, daß kommunale Betriebe nicht immer Musterbetriebe sind. Bürgermeister und andere Herren nennen diese Menschen Geher. Nun ist es also wohl nur Zufall gewesen, daß in der Zeit, in welcher der Krankenwärter die Verletzung erlitt, mandes im städtischen Lazarett nicht vollkommen war. Zum Beispiel fehlte eine polizeiliche Verordnung mit Unfallverhütungsvorschriften. Gummihandschuhe extra für die Leichenhalle waren nicht da oder wenigstens nicht in genügender Anzahl. So kam es vor, daß die Gummihandschuhe aus den Operationskäfen auch in der Leichenhalle gebraucht wurden. Soll das der Gipfel der ärztlichen Gewissenhaftigkeit sein? Man vergewaltigt sich, daß ein Kranker sich ruhig einem Chirurgen zur Operation anvertraut, ohne sicher zu sein, ob nicht doch mal die Gummihandschuhe, deren sich der Operateur bedient, in der Leichenhalle gebraucht worden sind. Sollen wir, daß der Brunnens jetzt zugebaut ist.

Unser Krankenwärter läßt den Kopf nicht hängen. Als Krüppel nimmt er den Kampf ums Dasein mit frischem Mut auf. Zu einer Stelle verjucht er es, als Diener seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Das ging aber nicht. Die Hand mit dem fehlenden Mittelfinger war hinderlich. Durch die Lücke in der Hand glitten die Zeller beim Servieren hindurch. Der Diener mußte seinen Verdienst zum Ersatz für zerbrochenes Geschirr hingeben. Ähnlich ergab es ihm in seinem ehemaligen Beruf als Tischler. Das war ja zum Verzweifeln. Doch da besann sich der ehemalige Krankenwärter auf die Stadt, der er fünf Jahre treu gedient hat. Hier wird Hilfe kommen.

Wald darauf liegt einer Stadtverordnetenversammlung eine Petition des ehemaligen Krankenwärters vor, in der er um Anstellung als Magistratsbote oder als Revisor bei den Gas- oder Wasserwerken bittet. Ein Stadtverordneter beantwortet diese Petition. Auch der Bürgermeister spricht. Die Petition wird nach den Darlegungen des Stadtoberhauptes dem Magistrat „als Material“ überwiesen. Später nennen das ein anständiges Begräbnis. Dem Schoße des Magistrats entsinkt ein Leichnam, die an den früheren Krankenwärter adressiert ist und in der es heißt: „Die bei der städtischen Verwaltung bestehenden Stellen dürfen nur mit Militärämtern besetzt werden, die sich im Besitze des Zivilversorgungsbeweiens befinden. Da dies bei Ihnen nicht zutrifft, vermögen wir Ihr Gesuch um Übertragung einer Stellen auch nicht zu berücksichtigen.“ — Warum ist der arme Kerl nicht auch schon beim Militär zum Krüppel geworden, sondern erst als Krankenwärter. So also belohnt man treue Dienste?

Nachdem die Bemühungen um eine Stelle zur Prüfung des Lebens gescheitert waren, tauchte in dem früheren Krankenwärter die Idee auf, die Hilfe der vielgerühmten deutschen Sozialgesetzgebung in Anspruch zu nehmen. Von derselben Stadt, in deren Diensten er zum Krüppel geworden, ließ er sich seine Armut be-

scheinigen. Der Armutschein sollte zur Erlangung des Armenrechts dienen, um die Stadt für den Schaden, den der Krankenwärter durch seinen Unfall erlitten hat, zivilrechtlich haftbar machen zu können.

Das Landgericht zu Danzig lehnte die Bewilligung des Armenrechts ab, weil ihm die Rechtsverfolgung der Stadt Danzig ausichtslos erschien. Zu dieser Ansicht des Gerichts hatte eine schriftliche Erklärung des Magistrats mit beigetragen. Hier heißt es unter anderem, daß die Stadt zum Schadenersatz gesetzlich nicht verpflichtet sei. Das ist doch wohl Anstandslos. Es käme sehr darauf an, ob ein geschickter Rechtsanwalt der Stadt nicht doch hätte mit Erfolg zu Werke gehen können. Wenn man nur das Armenrecht hätte! Einen Rechtsanwalt auf eigene Kosten? Mein Geld leidet!

Noch ein Versuch. Beschwerde beim Oberlandesgericht. Auch umsonst. Die verdammten Paragraphen, die in allen behördlichen Entscheidungen angezogen sind, lassen nicht zu, daß dem früheren Krankenwärter geholfen wird. Sogar der Minister wird noch angerufen. Das war überflüssig. Der Minister darf in die Rechtsprechung der Gerichte nicht eingreifen. Ob der Reichstag hilft? Wer weiß das? Schaden könnte es nichts, wenn man sich in einer Petition an ihn wendete. Viele andere Personen, die auch ihre Hoffnungen vergeblich auf die preussische Justiz gesetzt hatten, finden sich. Gemeinsame Unbill verbindet sie. Eine Petition entsteht, mit einer langen Reihe von Beschwerden aller Art. Der ganze preussische Justiz wird der Fehdehandschuh hingeworfen. Verzweifelt löst ein Schrei aus allen Sägen der Petition. Ein Schrei: „Unerträglich!“

Der frühere Krankenwärter wird auch die letzte Hoffnung begraben müssen. Jetzt arbeitet er, so gut es geht, in irgendeinem Großbetrieb. Mäßig genug wird der Lohn sein. Schließlich ist's doch besser als betteln.

Was lehrt uns die erzählte Geschichte? Damals, als der frühere Krankenwärter noch in städtischen Diensten stand, hätte er sich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen sollen. Der ganze erfolglose Krieg um das Armenrecht wäre dann überflüssig gewesen. Der genannte Verband gewährt seinen Mitgliedern, nach § 15 seines Statuts, Rechtsschutz in allen auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung und aufspflicht liegenden Streitigkeiten. Seht ihr nun, wie wertvoll es ist, nicht als „Wilder“ herumzulocken? Der Verband hätte die Sache einem tüchtigen Anwalt übergeben, und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Prozeß gewonnen worden wäre. Darum sollten die Arbeiter aller Berufe endlich begreifen lernen, daß jeder in seine Gewerkschaft hineingebört. Die städtischen Arbeiter Danzigs und anderwärts müssen unbedingt die nötigen Lehren aus dem hier Gesagten ziehen. Sie wissen nun, wie es ihnen vielleicht auch einmal gehen kann. Heute der, morgen ein anderer. Als einzelner machtlos, vereint unüberwindlich.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906.

III.

Die **Kirch- und Landerischen Gewerksvereine** hatten 1906 in 2116 Ortsgruppen 115.508 Mitglieder gegenüber 117.079 im Jahre 1905, mithin 1906 eine Zunahme von nur 1411. Die Jahreseinnahme betrug 1.401.071 Mk., die Ausgabe 1.344.277 Mk. Der „Gewerkverein“, das Organ der Kirch- und Landerischen, gibt die Ausgabe mit 1.400.132 Mk. an, doch sind hier fälschlicherweise die angelegten Gelder im Betrage von 56.955 Mk. eingerechnet. Im einzelnen verteilen sich die Ausgaben nach Richtschnur einiger Merkmale, die in der Veröffentlichung des „Gewerkvereins“ enthalten sind, folgend: Verbandsorgan 135.522 Mk., Agitation 171.704 Mk., Auspierungen und Streiks 412.262 Mk., Rechtsschutz 15.981 Mk., Reise-, Umzugs- und Kollunterstützung 70.180 Mk., Arbeitslosenunterstützung 136.013 Mk., Bildungsförderung 11.551 Mk., Ortsverbände und Verbandsbüros 50.865 Mk., Infektion und Druckkosten 56.852 Mk. und Verwaltungskosten 250.011 Mk. An Massenbestand verblieben am Jahresabschluss in der Gewerkschaftskasse 1.318.113 Mk., in Kranken- und Pensionskassen 1.372.551 Mk., in Begräbniskassen 935.316 Mk., zusammen 3.626.082 Mk.

Abgesehen von den Gewerksvereinen der Maschinenbauer, Maschinenteile- und Fabrikarbeiter kommen die einzelnen Organisationen nach ihrer Mitgliederzahl kaum in Betracht. Es hatten Mitglieder: Maschinenbauer 18.199, Maschinenteile 18.623, Fabrikarbeiter 17.133, Tischler 6991, Textilarbeiter 6299, Schuhmacher 5390, Schneider 4050, Bergarbeiter 2509, Tabakarbeiter 1900, Graphische Berufe 1899, Topfer 1771, Bauhandwerker 1222, Frauen und Mädchen 792, Bildhauer 451, Brauer Berlin 115, Montatoren 298, Schiffszimmerer 251, Brauer Hamburg 188, Melner 81, Brauer Zettin 60, Meepidolger 17.

Zie dem Gesamtverband angehörenden christlichen Gewerkschaften hatten 1906 in 3018 Ortsgruppen 217.116 Mitglieder gegen 188.106 im Jahre 1905, mithin eine Zunahme von 29.010. Unter den Mitgliedern befinden sich 21.616 weibliche. Die Jahreseinnahme dieser Gewerkschaften betrug 3.378.833 Mk.,

die Ausgabe 2.703.280 Mk., der Massenbestand am Jahresabschluss 2.370.782 Mk. Im einzelnen wurden verausgabt für: Verbandsorgan 275.260 Mk., Agitation 262.787 Mk., Streit- und Gemäßigungsunterstützung 853.135 Mk., Rechtsschutz 61.233 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 31.461 Mk., Krankenunterstützung 265.185 Mk., Sterbegeld 136.991 Mk., Sonstige Unterstützung 12.194 Mk., Bildungsförderung 15.298 Mk., Beitrag an den Gesamtverband 35.170 Mk., Gehälter 76.631 Mk. und an Verwaltungskosten 121.977 Mk.

Von den einzelnen Verbänden, die dem Gesamtverband angehören, hatten 1906 Mitglieder: Bergarbeiter 73.512, Bauhandwerker 36.159, Textilarbeiter 34.581, Metallarbeiter 21.714, Kaiserliche Eisenbahner 22.155, Gülf- und Transportarbeiter 13.023, Holzarbeiter 10.222, Keramikarbeiter 7031, Tabakarbeiter 6137, Heimarbeiterrinnen 3690, Schuh- und Lederarbeiter 3250, Schneider 3121, Buchdrucker (Gutenbergbund) 2714, Maler und Anstreicher 2577, Graphisches Gewerbe 1050, Kaiserliche Salinenarbeiter 823, Krankenpfleger 612, Wärmer 670, Päder 472.

Die unabhängigen christlichen Gewerkschaften, d. h. die dem Gesamtverband nicht angeschlossenen, aber als „christlich“ geltenden Organisationen, hatten 1906 in 724 Ortsgruppen 73.132 Mitglieder, die sich auf folgende Verbände verteilten: Deutsche Eisenbahnhandwerker 35.091, Verein zur gegenseitigen Hilfe (Eberföhren) 10.000, Bayerisches Postpersonal 9139, Kaiserliche Eisenbahner 8700, Württembergische Eisenbahner 7315, Württembergisches Postpersonal 2557.

Diese Organisationen hatten eine Jahreseinnahme von 260.082 Mk., eine Ausgabe von 268.173 Mk. und am Jahresabschluss einen Massenbestand von 235.162 Mk. Ueber die Ausgaben im einzelnen ist in der Statistik der christlichen Gewerkschaften nichts berichtet.

Die Angaben über die „unabhängigen Vereine“, das sind die Organisationen, die gewerkschaftlichen Charakter haben, aber keiner Landeszentrale angehören, sind sehr wechselnd, weil sie größtenteils nicht von diesen Organisationen selbst gemacht sind, sondern von den Vorständen der Zentralverbände. Die Mitgliederzahlen lassen sich von einem Jahr zum anderen schwer vergleichen, weil vielfach von den Vorständen der Zentralverbände über diese Vereinigungen nichts berichtet wird. So berichtet der Vorstand des Bergarbeiterverbandes, daß 1906 in solchen Vereinen 10.000 Mitglieder vorhanden waren, während er für 1905 keine Angaben gemacht hat. Infolgedessen erhöhte sich die Gesamtmitgliederzahl dieser Vereine von 65.262 im Jahre 1905 auf 73.541 im Jahre 1906, obwohl vier Organisationen im letzten Jahre sich den Landeszentralen angeschlossen haben und deshalb aus dieser Gruppe ausgeschieden sind. Die Verbände der Hotelkellner mit 2393 Mitgliedern, der Photographen mit 716 und der Klographen mit 183 Mitgliedern haben sich der Generalkommission angeschlossen. Der „Gutenbergbund“, eine während des Streiks der Buchdrucker 1892 von Streikbrechern gegründete Organisation, die 2300 Mitglieder zählte, hat sich dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Es waren 1906 in 24 Berufen solche „unabhängigen“ Organisationen vorhanden. Die meisten dieser sind lokale Vereine, Verbände, die in dieser Gruppe gezählt sind, hatten die Brauer, Bureauangestellten, holländischen Eisenbahner, Gasmischgeschäften, Graveure der Stoffdruckindustrie, Montatoren, Lithographen, Maschinisten, Textilarbeiter, Zeichner und Zweibehältermeister. Auf die einzelnen Berufe verteilen sich die Mitglieder der „unabhängigen“ Vereine folgend: Gasmischgeschäften 19.000, Zweibehältermeister 12.000, Bergarbeiter 10.000, Eisenbahner (Eberföhren) 9133, Handelskassensarbeiter 5500, Maschinisten (Zachl. Verband) 5000, Bureauangestellten 4000, Brauer 2000, Gemeindegewerkschaften 1770, Zeichner 911, Päder 900, Montatoren 600, Lithographen 600, Graveure der Stoffdruckindustrie 500, Porzellanarbeiter 450, Textilarbeiter (Rheinischer Verband) 300, Buchdruckerhilfsarbeiter 200, Dachdecker 200, Photographen 150, Buchbinder 120, Hotelkellner 110, Zigarrenfertiger 80, Asphaltierer 50, Sattler 50.

Neben diesen sechs Organisationsgruppen, über die vorstehend nähere Angaben gemacht sind, bestehen noch zahlreiche Vereine mit vielen tausend Mitgliedern, die zwar als Berufsvereine, nicht aber als Gewerkschaften gelten können. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich auch, von ihrer Aufzählung und der Einzeldarstellung ihrer Mitgliederzahl zu der der Vereinigungen, die einen gewerkschaftlichen Charakter haben, abzugehen. Es können, wenn ein Gesamtbild der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland gegeben werden soll, nur die sechs Gruppen in Betracht gezogen werden. Diese hatten 1906 insgesamt 2.215.165 Mitglieder gegenüber 1.819.930 im Jahre 1905, somit eine Mitgliederzunahme von 395.221. Von dieser entfallen auf die Zentralverbände 341.906, die Kirch- und Landerischen Gewerksvereine 1111, die christlichen Gewerkschaften 39.010 und die „unabhängigen“ Vereine 8282. Es nahmen gegenüber 1905 an Mitgliedern zu die Zentralverbände um 25,6 Proz., die christlichen Gewerkschaften um 29,5 Proz. und die Kirch- und Landerischen Gewerksvereine um 1,2 Proz.

An Einnahmen hatten die letzteren drei Organisationen einschließlich der unabhängigen christlichen Gewerkschaften im Jahre

1906 46 651 578 M., an Ausgaben 41 285 423 M. und an Massenbestand am Jahreschluß 31 544 660 M., einschließlich der Massenbestände der Kranken- und Begräbniskassen der Kirch-Zunderischen Gewerkschaften. Der größte Teil dieser Summen entfällt, wie vorstehend nachgewiesen, auf die Zentralverbände, neben deren Einnahmen und Ausgaben die der christlichen Gewerkschaften und der Kirch-Zunderischen Gewerkschaften sich unbedeutend ausnehmen. Der größere Fortschritt, welchen die Zentralverbände gegenüber den anderen Organisationsgruppen aufweisen, ist aber nicht nur für das Jahr 1906 zu bezeichnen, sondern ist während der ganzen Jahre, für welche sich Vergleiche anstellen lassen, vorhanden gewesen. Der Bestand der Organisationen im Jahre 1906 verglichen mit dem von 1900 zeigt dies deutlich. Es hatten 1900 an Mitgliedern: die Zentralverbände 650 427, die christlichen Gewerkschaften 159 770, die Kirch-Zunderischen Gewerkschaften 91 661. Es nahmen bis zum Jahre 1906 an Mitgliedern zu: die Zentralverbände um 1 009 282 = 118,33 Proz., die christlichen Gewerkschaften um 160 478 = 100,44 Proz., und die Kirch-Zunderischen Gewerkschaften um 26 847 = 29,29 Proz. Der Abstand der letzteren beiden Organisationsgruppen von den Zentralverbänden ist so bedeutend, daß man wohl nicht irren wird, wenn man behauptet, daß nicht den christlichen Gewerkschaften, am allerwenigsten aber den Kirch-Zunderischen Gewerkschaften die Zukunft gehört.

Die christlichen Gewerkschaften hatten nach ihrer Angabe über 200 Beamte. Wieviel es über 200 sind, verschweigt der Bericht vorsichtigerweise. Dies zu wissen, würde jedoch für einen Vergleich mit den Zentralverbänden von großer Bedeutung sein. Nehmen wir nur die 200 Beamten der christlichen Gewerkschaften als Grundlage für die Berechnung, so ergibt sich, daß bei 320 245 Mitgliedern auf je 10 000 Mitglieder 8,09 Beamte kommen. Die Zentralverbände haben 1371 Beamte, und zwar 227 bei den Zentralstellen, 54 in den Abteilungen der Gewerkschaftsblätter, 300 als Gauleiter und 790 in den Kreisvereinen. Von den letzteren sind viele nur zum Teil besoldet, so daß sie eigentlich in die Berechnung nicht mit einbezogen werden dürfen. Aber nehmen wir die volle Zahl, so kommen bei den 1 689 709 Mitgliedern der Zentralverbände auf je 10 000 Mitglieder 8,1 Beamte. Die „Christlichen“ stehen somit prozentual den Zentralverbänden in bezug auf die Zahl der angestellten Beamten nicht nur gleich, sondern übertreffen sie, weil sie „über 200“ Beamte zur Verfügung haben. Und dabei ist zu berücksichtigen, daß die christlichen Gewerkschaften sich hauptsächlich in Rheinland und Westfalen konzentrieren, während die Zentralverbände in allen Teilen Deutschlands ihre Mitglieder haben. Die „Christlichen“ verausgaben 1906 für Agitation 262 787 M., das ist pro Kopf der Mitglieder 1,06 M. Die Zentralverbände verausgaben für Agitation 1 820 753 M., das ist pro Kopf der Mitglieder 1,08 M. Die zwei Pfennige, die bei den Zentralverbänden pro Kopf der Mitglieder mehr verausgabt wurden, als bei den Christlichen, werden keine so große Rolle spielen. Es müssen somit andere Gründe vorliegen, welche es herbeiführen, daß die christlichen Gewerkschaften weniger Werbestraft haben, als die Zentralverbände, denn die Kirch-Zunderischen Gewerkschaften haben pro Kopf der Mitglieder 1,15 M. für Agitation ausgegeben und doch 1906 nur 1411 oder 1,2 Proz. Mitglieder gewonnen.

Der Grund ist auch nicht in der Zahl der Beamten und der Ausgabe für Agitation zu suchen, sondern darin, daß die Arbeiterkraft immer mehr bewußt wird, daß die Zentralverbände wirklich ersteinstufige Gewerkschaftspolitik treiben, die nicht nach den Wünschen bürgerlicher Parteien und nicht mit Rücksicht auf das Unternehmertum eingerichtet, sondern einzig und allein von dem Wohle der Arbeiterklasse abhängig gemacht wird. Dann aber üben die Zentralverbände auch eine größere Anziehungskraft aus, weil ihre Unterstüßungseinrichtungen weit besser sind, als bei den christlichen Gewerkschaften und den Kirch-Zunderischen Gewerkschaften, und die Ausgaben, welche diese pro Kopf ihrer Mitglieder für Unterstüßungen haben, weit hinter denen der Zentralverbände zurückbleiben.

Es verausgaben für Rechtsschutz und Unterstüßungen mit Ausnahme der Krankenunterstüßung und der Beihilfe in Sterbefällen pro Kopf der Mitglieder 1905 die Zentralverbände 2,79 M., die Kirch-Zunderischen Gewerkschaften 2,36 M., die christlichen Gewerkschaften 0,92 M.; 1906 die Zentralverbände 2,88 M., die Kirch-Zunderischen Gewerkschaften 1,55 M. und die christlichen Gewerkschaften nur 0,11 M. Für Streiks und Aussperrungen zahlten pro Kopf der Mitglieder 1905 die Zentralverbände 7,55 Mark, die Kirch-Zunderischen Gewerkschaften 2,45 M. und die christlichen Gewerkschaften 7,32 M.; 1906 die Zentralverbände 8,61 M., die Kirch-Zunderischen Gewerkschaften 3,73 M. und die christlichen Gewerkschaften 3,15 M. Nicht nur in bezug auf die allgemeinen Unterstüßungen, sondern selbst bei der Ausgabe für Streiks blieben die christlichen Gewerkschaften noch hinter den Kirch-Zunderischen Gewerkschaften zurück. Um den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren, sind die christlichen Gewerkschaften gegründet worden, und nun kommen sie in bezug auf Unterstüßungen über jammervolle Leistungen nicht hinaus. Denn ebenso, wie mit den Unterstüßungen im allgemeinen

und dem Rechtsschutz steht es mit der wichtigsten Unterstüßung, der für Arbeitslose. Es zahlten 1905 Arbeitslosenunterstüßung 41 Verbände mit 866 000 Mitgliedern 1 991 924 M., 16 Kirch-Zunderische Gewerkschaften mit 115 717 Mitgliedern 193 746 M. und 12 christliche Gewerkschaften mit 120 615 Mitgliedern einschließlich Reiseunterstüßung 13 571 M.; 1906 43 Zentralverbände mit 1 138 738 Mitgliedern 2 653 296 M., 16 Kirch-Zunderische Gewerkschaften mit 116 239 Mitgliedern 136 043 M. und 11 christliche Gewerkschaften mit 135 333 Mitgliedern einschließlich Reiseunterstüßung 34 464 M. Das machte pro Kopf der Mitglieder dieser Organisationen 1905 bei den Zentralverbänden 2,30 M., bei den Kirch-Zunderischen Gewerkschaften 1,67 M., bei den christlichen Gewerkschaften einschließlich der Reiseunterstüßung 0,11 M., 1906 bei den Zentralverbänden 2,33 M., bei den Kirch-Zunderischen Gewerkschaften 1,17 M. und den christlichen Gewerkschaften einschließlich der Reiseunterstüßung 0,25 M.

Weil die christlichen Gewerkschaften und Kirch-Zunderischen Gewerkschaften die Zentralverbände wegen ihres Kampfcharakters fürchten und selbst genötigt sind, Kämpfe führen zu müssen, und weil sie in bezug auf die Unterstüßungseinrichtungen weit hinter den Zentralverbänden zurückbleiben, deswegen finden sie bei vernünftig denkenden Arbeitern keinen Anklang. Die Zentralverbände haben ihre Unterstüßungswesen zwar auch erst in dem letzten Jahrzehnt ausgebaut, aber nicht weil sie solches nicht wollten, kamen sie so spät dazu, sondern weil sie der ständigen Gefahr ausgesetzt waren, die von ihnen getroffenen Einrichtungen durch polizeiliche Eingriffe wieder vernichtet zu sehen. Unter dem Sozialistengesetz wäre es töricht gewesen, die für die Unterstüßungseinrichtungen nötigen Fonds anzusammeln, denn jeden Tag konnte die Auflösung eines Verbandes und die Beschlagnahme der Masse erfolgen. Auch in den ersten Jahren nach Aufhebung dieses Gesetzes war man keinesfalls vor einem solchen Eingriff sicher. Dann führten die Gewerkschaften jahrelang den Kampf gegen die Behörden, die verachteten, die Gewerkschaften, welche Unterstüßungen zahlten, als Versicherungsanstalten nicht nur unter Polizeiaufsicht zu stellen, sondern ihnen dann auch die Höhe der Beiträge vorzuschreiben, die nach versicherungstechnischen Berechnungen für die Unterstüßungen notwendig sein sollten und die schließlich auch die Existenz der Organisation von der Genehmigung der Ministerien der Einzelstaaten abhängig machen. Erst mit der Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine und dem Gesetz über die Privatversicherung erhielten die Gewerkschaften einigermaßen Sicherheit und konnten an dem inneren Ausbau arbeiten und die Unterstüßungseinrichtungen vervollkommen. Das Verbindungsverbot fiel, weil die sozialdemokratische Fraktion eine Bestimmung über seine Aufhebung in das Einführungsgesetz zum bürgerlichen Gesetzbuch hineinzubringen wollte, die dann im Plenum des Reichstages gestrichen wurde, nachdem der Reichskanzler das Versprechen gegeben hatte, daß das Verbot bis zum Jahre 1900 durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten aufgehoben würde. Als dies nicht geschah, erfolgte die Aufhebung durch Reichsgesetz. In das Gesetz über die Privatversicherungen wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die Bestimmung hineingebracht, daß Vereine, die ihren Mitgliedern keinen Rechtsanspruch auf die Unterstüßung gewähren, nicht unter das Gesetz fallen. Diese beiden für die Gewerkschaften so überaus wichtigen Bestimmungen dankten die Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei, und da sollten sie in dieser Partei nicht ihre politische Vertretung sehen? Toricht ist es von den Arbeitern, die sich anderen Organisationen anschließen, weil die gewerkschaftlichen Zentralverbände ihnen als sozialdemokratische Organisationen geschildert werden, denn gerade der Sozialdemokratie dankten die Gewerkschaften wichtige Gesetzesbestimmungen, die ihnen den Weg für die Entwicklung frei gemacht haben, den sie in den letzten Jahren genommen. Der Zuwachs, den die Zentralverbände auch für 1906 wieder aufzuweisen haben und der um 21 000 Mitglieder größer ist, als die gesamte Mitgliederzahl aller christlichen Gewerkschaften und dreimal größer als die Mitgliederzahl der Kirch-Zunderischen Gewerkschaften, läßt erkennen, daß die Arbeitermassen der Belehrung nicht unzugänglich sind und daß die Arbeiter immer mehr einsehen, daß man sie nur von der richtigen Vertretung ihrer Interessen abhalten sucht, wenn man die Gewerkschaften als sozialdemokratische Organisationen verschleiert. Dieses Vertrauen auf die Arbeiterkraft und auf die Zukunft der Gewerkschaften wird hoffentlich der Bericht für 1907 aufs neue stärken und kräftigen.

E. Legien.

Die Verhältnisse bei der Straßenreinigung in Dresden

müssen wir wieder einmal einer Kritik unterziehen. Schon oft ist in der „Gewerkschaft“ darauf hingewiesen worden, daß das gesamte Arbeitsverhältnis der Straßenreiner ein sehr verbesserungsbedürftiges ist. Man hat ja hier und da Reformen eingeführt, trotzdem ist noch manches faul. Abgesehen davon, daß die Straßenreiner 5 Pf. Lohn weniger erhalten, als wie in den übrigen städtischen Betrieben, ist die Behandlung vor allem eine wenig humane. Sie ist auf den Massenrußboden acriminell. Und in punkto

Antreiberei wird das menschenmöglichste geleistet. Hier ist vor allem der Mehrmeister Graf hervorragend tätig. Lange Zeit schon liegen gegen ihn eine Menge Klagen vor. Schon am frühen Morgen, wenn der ehrsame Bürger noch in den Federn liegt, oder ne erit - aufsteht, beginnt mit dem Asphaltwalzen die reine Drey. Bis 9 Uhr dauert dieses „Wettrennen“. Nun beginnt die Nachreinigung. Hierbei verlangt Herr Graf, daß der einzelne mit seiner Mehrmeister-Linie ein wahres Automobiltempo einschlägt. „Sie ziehen ja dahin wie die teure Zeit“, pfeilt da Herr Graf zu sagen. Wenn man in den verkehrsreichen Straßen die Tätigkeit des Straßenscheinigers beobachtet, wenn man sieht, wie er sich unter den verschiedensten Antriebskräften bewegen muß, um die so oft gerühmte Sauberkeit der Dresdener Straßen aufrecht zu erhalten, so muß man sich wundern, daß sich nicht mehr Unfälle ereignen. Es ist uns unerfindlich, wie man da noch eine ganz zwecklose Antreiberei ausüben kann. Der Verkehr allein schon zwingt den Mehrer zu schnellen Bewegungen. Obendrein meinen wir, ist die unverständige Antreiberei gar nicht notwendig. Die Dresdener Straßenscheinigung ist so wie so schon die billigste von 15 deutschen Großstädten. Nach einer Berechnung betragen die Kosten der Straßenscheinigung pro Quadratmeter in Berlin beispielsweise 34 Pf., in Dresden nur 20,2 und nur in Köln betragen sie 19 Pf. Nicht wenige als 10550 Quadratmeter Reinigungsfäche entfielen im Jahre 1906 auf den einzelnen Dresdener Mehrer. Das steht im Haushaltsplan, es muß deshalb wohl stimmen.

Nedoch auch in anderer Weise weiß man zu „sparen“. In der Zeit vom 16. Juni bis inklusive 1. Juli wurden Aufzeichnungen gemacht, in welcher Weise die Verteilung der Arbeiter gehandhabt wird. Es fallen in die Beobachtungszeit 140 Urlaubstage, 63 Krankentage, 422 Straßenscheinigungstage, sonstige Abkommandierungen 282 Tage. Das ergibt also 1037 Tage, an denen bei der täglichen regelmäßigen Reinigung Arbeiter fehlen. Einsekte wurden eingestellt für 330 Tage; die 282 Tage für sonstige Abkommandierungen können ja schließlich nicht in Berechnung kommen, weil die hierfür nötigen Leute nicht am ganzen Tag der regelmäßigen Reinigung entzogen waren. Wenden wir diese Zahl auf 300 ab, weil es bei Regentagen vorkommt, daß die Besprengungsmannschaften teilweise wieder zur Kolonne zurückkommen, so bleiben immer noch 300 Arbeitstage übrig, die von den übrigen mit eingearbeitet werden müssen. Und das in der kurzen Zeit von 14 Tagen! Das tägliche Pensum muß jede Kolonne liefern, gleichviel, ob sie vollständig, oder ob die Hälfte abkommandiert ist. Bei einer derartig „weisen“ Berechnung darf man sich dann wahrhaftig nicht über die „Billigkeit“ der Dresdener Straßenscheinigung verwundern. Und bei näherem Zusehen ergibt sich, daß der Sommerurlaub, den man großzügigst gewährt, gar nichts kostet. (Da lautet ja das ganze, vielberühmte Berliner System wie ein Spiegelbild vor unseren Augen auf! D. N.) Wenn die Arbeitslast dermaßen in Anspruch genommen wird, und obendrein noch eine grenzenlose Antreiberei herrscht, darf man sich auch nicht wundern, wenn die Anzahl der bei der Straßenscheinigung laut Statistik der Vertriebskrankenkasse 50 Proz. ist! Bei einem durchschnittlichen Mitgliederbestand von 405 im Jahre 1906 waren 248 mit erwerbsunfähig verbundene Krankheitsfälle zu verzeichnen. Diese Zahlen geben allerdings zu denken.

Wir meinen, es müßte doch auch dem Herrn Graf bekannt sein, wie der Gesundheitszustand bei der Straßenscheinigung beschaffen ist. Warum dann dieses eigentümliche Verhalten? Haben die Herren Mehrmeister im allgemeinen Anweisung von oben erhalten, ihre Leute zu größtmöglicher Eile anzuspornen? Oder will sich Herr Graf nur besonders hervortun?

Wie dem auch sei, jedenfalls aber ist es notwendig, auf diese Zustände hinzuwirken. Und jedenfalls ist gerade bei der Straßenscheinigung eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend notwendig. Dessen wir, daß die eingereichte Eingabe von Erfolg ist.

Nur die Straßenscheinigung ergibt sich aber die Lehre, mehr denn je dafür zu sorgen, daß sie sich in Respekt zu setzen wissen. Weiter-Stärkung der Organisation, besseres kollektives Verhalten ist das erste Erfordernis. Darum Kollegen, handelt danach!

Gaukonferenz der 3 Frankenkreise.

Am 1. September, vormittags 11 Uhr, tagte in Bamberg beim Genossen Ales die oben genannte Konferenz. Vertreten waren Nürnberg mit 3, Ansbach, Regensburg, Landshut, Bayreuth und Schweinfurt mit je 1, Sonneberg 1. Th. mit 2 und Bamberg ebenfalls mit 3 Delegierten.

Die Tagesordnung lautete: 1. Agitation und Organisation in den drei Frankenkreisen. 2. Aufstellung gemeinsamer Kontrolllisten. 3. Verbindendes.

Als erster Vorsitzender fungierte Hermann Behold, Nürnberg, als zweiter Vorsitzender Papst, Regensburg und als Schriftführer Friedl, Schweinfurt. Einige prächtige Blumensträuße waren seitens der Nürnberger Kollegen als Willkommengabe auf den Tisch aufgestellt. Nachdem Kollege Behold für die Aufmerksamkeit gedankt, ging er zum ersten Punkt der Tagesordnung über. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen:

Wenn wir einen Blick auf die letzte Gaukonferenz werfen, so finden wir, daß bis zur heutigen Konferenz die Verhältnisse im Gau ganz andere geworden sind. Es hat sich das Sprichwort bewahrheitet: „Nicht an ihren Worten sollt ihr sie erkennen, sondern an ihren Taten“. Damals seien Leute unter den Delegierten anwesend gewesen, welche mit großen Worten für das Wirken und Gedeihen unserer Organisation eingetreten wären, unterdessen jedoch Handlungen vollzogen haben, die von jedem vernünftigen denkenden Arbeiter aufs tiefste verachtet werden müßten. Während der damalige Schweinfurter Delegierte zum „Arbeitswillingen“ herausgerufen sei und deshalb von der Organisation ausgeschlossen wurde, hat sich der frühere Kollege Daffel nicht geniert, die traurige Rolle eines Organisationszerstörers zu spielen. Waren in Nürnberg früher drei Gegner (Unternehmer, Indifferentismus und Nicht-Unterstützer) zu bekämpfen, so sind es jetzt vier. Der vierte Gegner ist der neugegründete Verband der Gemeindearbeiter Süddeutschlands. Während dem Unternehmer Vertretung seiner Interessen, dem Indifferentismus Unwissenheit als Entschuldigung diene, sei den beiden anderen Gegnern kein Entschuldigungsgrund zuzubilligen. Diese letztgenannten haben nun einen Annäherungsversuch an unsere Organisation gemacht. Er (Kollege) habe aber abgelehnt. Mit dieser ablehnenden Haltung sei man seitens der Gegner freudig gegangen, indem den unaufgeklärten Arbeitern gesagt wurde, beim „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ läme die Interessenvertretung der Arbeiter erst in zweiter Linie. Daraufhin sei er (Behold) ganz unverbindlich einmal in eine Versammlung der Dirsche und Daffelmann gegangen, um den Wert des damaligen Annäherungsversuches zu prüfen. Der Verlauf habe ihm gezeigt, daß das damalige freundliche Gesicht, welches man ihm entgegenbrachte, nichts anderes als eine grinsende Janusfrase war. Er habe demnach nicht unredt gehabt, wenn er dieser Sympathie gegenüber gemeint habe: „Drei Schritt vom Leibe“. Er sche nicht auf dem Standpunkt, überhaupt nicht mit Gegnern zu partiiieren; aber ehliche und ebenbürtige Gegner müßten es sein. Dabei erwachte Kollege, daß es nicht sein Wille sei, seine Zeit mit fortgesetztem Schimpfen und Zanken mit den Dirschen und Daffelmann zu vergeuden, diese Mühen überlasse er jenen. Er halte es für seine Aufgabe, sein eigenes Wissen noch mehr zu vertiefen und das Gelernte unter den städtischen Arbeitern zu verbreiten. Nur durch Lernen und Wissen verschaffe sich der Arbeiter Achtung und Ansehen, und mit diesem müsse sich auch seine Lebenslage bessern. Er wünsche, daß sich die Delegierten dahin aussprechen, ob die bisher gepflogene Taktik von ihnen gebilligt werde.

Zur Lage des Gaues selbst müßte er bemerken, daß bis zur Besetzung des Gauleiterpostens in verschiedenen Filialen ein Rückschlag in der Mitgliederzahl eingetreten war. Erfreulicherweise sei jetzt eine Zunahme wieder zu verzeichnen. Es gelte, tüchtig Hand an das Werk zu legen, und hierzu bedarf es der kräftigen Unterstützung durch die Filialverwaltungen. Kollege hofft, daß er derselben gewiß sei. Wenn auf dieser Konferenz Rantusch und Sonnenberg als neugegründete Filialen vertreten seien, so wäre zu wünschen, daß diese fest zur Sache halten mögen, auf der nächsten Konferenz möchten aber wiederum neue Filialen ihre Vertreter entsenden können.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich fast sämtliche Kollegen. Ihre Ausführungen schlossen sich denen des Kollegen Behold an. Mit der gehandhabten Taktik war man allseits einverstanden. Kollege Daffel versicherte unüberbrückliches Festhalten der Sonnenberger Kollegen. Kollege Scherzer - Rühl regte noch an, bei den Gemeindevahlen nur Sozialdemokraten zu unterstützen.

Dolke - Nürnberg gab das Verhältnis der Daffelschen Organisation bekannt. Trotzdem dieses Verhältnis seitens Daffel äußerlich geheim gehalten werde, ist es uns gelungen, einen zuverlässigen Blick hineinzuwerfen. Danach bleibt, nach Abzug von Daffels Gehalt, ferner den Prozenten für Einkassieren und Verrechnung der „Einkasse“ nicht das geringste für Sterbegeld und sonstiges übrig. Er bedauere die Kollegen, bei denen einst ein jähres und bitteres Erwachen folgen werde. Der Auf, den Daffel einst auf uns schleppte, werde bei ihm zur bitteren Wahrheit, nämlich: „Mitglieder, macht denbeutel auf und zahlt, bis ihr schwarz werdet!“

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurde Kollege Behold beauftragt, für den Gau einheitliche Kontrolllisten drucken zu lassen, zuvor aber beim Verbandsvorstand anzufragen, ob es nicht richtiger sei, für den ganzen Verband auf Verbandsunkosten Karten anzufertigen. Unter „Verschiedenes“ wurde auf Anregung Kehler - Bamberg der Gauleiter ersucht, beim Verbandsvorstand anzufragen, wie es mit der Ausführung des Rantusch Beschlusses (siehe: Verbreitung belehrender Schriften, Vorträgen u. dergl.) sowie Abhaltung wissenschaftlicher Vorträge. Nachdem eine Anregung um Festlegung des Tages der nächsten Konferenz keinen Anklang gefunden, schloß der Vorsitzende mit Dank an die Delegierten die Konferenz.

Die Delegierten nahmen unter Führung der Nürnberger Kollegen in der kurzen Zeit, welche ihnen noch zur Verfügung stand, eine Besichtigung der alten Bischofsstadt Bamberg vor. D. N.

Notizen für Gasarbeiter.

Krankenthal. In der hiesigen Gasanstalt haben die Feuerhausarbeiter die achtfündige Arbeitszeit errungen. Auf unsere am 3. Mai d. J. eingereichte Forderung wurde in einer Verhandlung zwischen Direktion und Arbeitern folgender Tarif festgesetzt: 1. Eisenarbeiter (Feuerleute) erhalten einen Anfangslohn, bei achtfündiger Arbeitszeit, von 4,20 Mk., steigt nach einjähriger Dienstzeit auf 4,50 Mk., erste Feuerleute erhalten 4,70 Mk. 2. Rohleger, Maurer und sonstige Handwerker, welche auf der Gasanstalt beschäftigt sind, erhalten einen Anfangslohn von 4 Mk., steigt nach einjähriger Dienstzeit auf 4,20 Mk. 3. Hofsarbeiter Dienstzeit steigend auf 3,70 Mk. Feuerleute erhalten nach zweijähriger Dienstzeit einen Sommerurlaub von 7 Tagen, alle anderen Arbeiter einen solchen von 6 Tagen nach fünfjähriger Dienstzeit. Außerdem ist die Zugehörigkeit zur Organisation anerkannt worden. Die Bestimmungen sind bereits am 15. Mai in Kraft getreten. Wir haben diesen Erfolg nur dem feinen Zusammenschluß der Kollegen in der Organisation zu verdanken. Es sollte dies für die der Organisation noch fernstehenden Kollegen zu denken geben, daß endlich die Zeit gekommen ist, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen.

Aus den Stadtparlamenten.

Barmen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde eine Neuordnung der Lohnverhältnisse der städtischen Gasarbeiter und der städtischen Waldarbeiter beschlossen, wobei städtischen Arbeitern 10 Proz. pro Schicht ab 1. Oktober mehr bezahlt werden soll. Ferner wurde beschlossen die Einrichtung der achtfündigen Arbeitszeit für die Wasserwerksarbeiter.

Elberfeld. Die Stadtverordneten beschloßen die Erhöhung der Anfangslöhne der städtischen Arbeiter um 10 Pf., der Schlußlöhne um 20 Pf., wodurch eine Mehrbelastung von 17—18 000 Mk. erfolgt.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Zur gechl. Beachtung! Vom 1. Oktober d. J. ab treten die in den §§ 17 bis 21 unseres Statuts vorgesehenen Unterhaltungen in Fällen der Arbeitslosigkeit und Krankheit in Kraft. Im Zusammenhang damit stehen die Herausgabe neuer Beitragsmarken und neuer Mitgliedsbücher. — Die Kollegen seien nochmals darauf hingewiesen, daß die Beiträge bis Ende September baldmöglichst entrichtet werden müssen, da vom 1. Oktober ab neue Bücher zur Ausgabe gelangen. Die alten Mitgliedsbücher sind, wenn die 30. Malendervode geklebt ist, nach Eintragung der Wohnungsadresse dem Beitragsammler zu übergeben. Unsere Beitragsammler ersuchen wir, alle Mitgliedsbücher, die bis Ende September geklebt sind, einzuziehen und dem Ortsbureau unverzüglich zu übermitteln. Es gelangen neue Beitragsmarken, desgleichen beitragsfreie Marken zur Ausgabe, dieselben dürfen nur in die neuen Bücher geklebt werden (von der 30. Woche an). Die neuen Mitgliedsbücher bitten wir sofort an die Mitglieder auszugeben. Die alten Beitragsmarken sind dem Massenboten zurückzugeben. Eintrittsmarken verbleiben in den Händen der Beitragsammler. — Am Montag, den 30. September, findet bei Fraule eine Sitzung aller Vertrauensmänner statt, um über wichtige verbandstechnische Fragen zu beraten.

Berlin. (Englische Gasanstalten.) In drei gut besuchten Versammlungen nahmen die Kollegen der Englischen Gasanstalten am Dienstag den 10. September die Berichte der Ausichtungsmitglieder von der letzten Sitzung entgegen. Zur Verhandlung standen die in Nr. 33 der „Gewerkschaft“ mitgeteilten Lohnforderungen. Das Ergebnis der Verhandlungen war leider ein negatives. Die Direktion lehnte die Anträge mit dem bekannten Hinweis auf die Stadt Berlin ab; oder richtiger gesagt, sie umging eine klare, ungewandte Stellungnahme, indem sie erklären ließ, daß, falls die Stadt Berlin die Forderungen der Arbeiter bewillige, auch die Direktion der J. G. G. A. folgen würde. Es ist dies eine Verlegenheitsklärung und sie wurde als solche auch in den Versammlungen gebührend gebrandmarkt. Die Berechtigung der Forderungen zu bestreiten, wagte die Direktion angesichts der Löhnerverhältnisse nicht, und so versuchte sie die Arbeiter mit jener Verlegenheitsklärung abzuschweifen. Um aber für die nächste Zeit Ruhe vor den „begehrlichen“ Arbeitern zu haben, dekretierte sie einfach: „Die Ausschüttungen für das nächste Quartal fallen aus“ und zwar, weil nach Ansicht der Direktion nicht genügend Stoff zur Verhandlung vorhanden sei!! Woher weiß denn die Direktion, daß die Arbeiter im nächsten Quartal keinerlei Wünsche haben? Und wenn der Verwaltung die Ausschußverhandlungen so viel Schmerzen verursachen, so sollte sie die Schuld doch nicht den Arbeitern in die Schuhe

schieben. Wir können der Direktion versichern, daß die Kollegen sehr gern auf eine Ausschüttung im 4. Quartal verzichten hätten, wenn ihre Anträge zur Annahme gelangt wären. Wenn die Direktion glaubt, dadurch die Wiedereinbringung der Forderungen zu einem für sie vielleicht ungünstigen Zeitpunkt zu verhindern, so gibt sie sich einer groben Täuschung hin. In allen Versammlungen kam zum Ausdruck, daß die Kollegen keineswegs geneigt sind, von den einmal gestellten Forderungen abzugeben. Wenn wir den günstigsten Zeitpunkt für eine erneute Einbringung der Forderungen für gekommen erachten, wird uns kein Sekret der Direktion hindern, dies zu tun. Die Versammlungen waren vom besten Geiste befeelt. Nachstehende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die am 10. September 1907 abgehaltene Versammlung der Arbeiter der Englischen Gasanstalten haben den Bericht der Arbeiterausschüsse entgegengenommen. Sie bedauern, daß die eingereichten Anträge auf Beseitigung der Lohnverhältnisse abschlägig beschieden wurden. In dem Motiv der Ablehnung: „Wenn die Stadt Berlin bewilligt, wird dies auch die Direktion der J. G. G. A. tun“ erblicken die Versammelten ein Zugeständnis der Berechtigung der eingereichten Forderungen. Die Versammelten wenden sich ganz entschieden gegen das Motiv der Ablehnung. Sie sind der Ansicht, daß die Direktion der J. G. G. A. sehr wohl in der Lage ist, ohne Rücksicht auf die derzeitigen Löhne der städtischen Arbeiter die Forderungen bewilligen zu können. Die Versammelten protestieren um so mehr gegen diese Form der Ablehnung, als die Direktion in Punkt Arbeiterfürsorge in keiner Weise diesem Ansprache nachkommt. Sie erblicken in der Motivierung der Ablehnung nur den Versuch der Direktion, eine klare ungewandte Stellungnahme zu umgehen. Die Versammelten erklären, an den aufgestellten Forderungen festhalten zu wollen und machen es allen Anwesenden zur Pflicht, mit allen Kräften für den Ausbau der Organisation zu wirken, um im geeigneten Moment nachdrücklich für die Forderungen eintreten zu können.“

Berlin. (Wasserwerke.) Am 1. September wurde die Versammlung vom 21. Juli 1907 fortgesetzt. Es handelte sich um das Ueberreichen der vom Arbeiterausschuß festgelegten Nachtarbeitszeit, die von einem Molonnenführer und einem betreffenden Beamten (Molonneister) nicht innegehalten und ohne Not überschritten wurden. In einem Falle konnten die betreffenden Nachtarbeiter durchweg erreicht werden, da genügend ältere Leute, ca. 18 Mann, bei der Molonne noch vorhanden waren, so daß die Hände- und Mopferarbeiten hätten weiter ausgeführt werden können, wenn es nötig war. Es scheint so, daß dem betreffenden Beamten (Molonneister) jede Verfügung, die durch den Arbeiterausschuß gebilligt worden ist, ein Dorn im Auge ist. Er steht alle Webel in Bewegung, sobald es heißt, die Arbeiter, die nachts gearbeitet haben, gehen mittags nach Hause. Er fährt dann extra nach dem Betriebsbureau und sucht den Anschein zu erwecken, als ob wirklich die Arbeit so nötig wäre, daß die Arbeiter, die nachts gearbeitet haben, nicht zu Hause gehen könnten. Auch zu den Verhüllungsbeamten äußert er sich dann: „Ich möchte heute die Arbeit bis hierher fertig haben,“ oder „Ich wünsche noch 2 Molonne zu legen,“ unbestimmt ob die Arbeit überhaupt notwendig ist oder ob die Leute durch die schon zu lange Nachtarbeitszeit müde und abgepaumt sind, oder ob dabei die festgelegte Arbeitszeit überschritten wird. Der Sektionsvorsitzende meinte, nachdem wir hier wieder verschiedene Sachen gehört haben, ist es doch wohl nötig, nochmals im Arbeiterausschuß darüber zu sprechen, daß den Molonneistern und Molonnenführern nahegelegt wird, die vom Arbeiterausschuß festgelegte Arbeitszeit innezuhalten. Den Bericht der erweiterten Verwaltung gab Kollege Lorenz; die meisten Sachen hatten sich schon durch die Versammlung vom 4. August erledigt. Außerdem wurde der Kollege S. Partel mit zu der erweiterten Verwaltung gewählt. Im Verschiedenen wurden seitens der Kollegen viele Klagen laut über die Abzüge, die vielen Kollegen wieder gemacht worden sind. In anderen Städten sind auch in diesem Jahre Feuerungszulagen zugehanden worden, in Berlin bei den Wasserwerken entzieht man den Arbeitern pro Tag 20 Pf. Der schroffe Gegensatz zu der allgemeinen Feuerung. Auch damit wird sich der Arbeiterausschuß in nächster Zeit zu beschäftigen haben.

Hamburg. Die staatlichen Forstarbeiter in den Gumburger Waldstätten Rolsdorf, Wohlsdorf und Gausdorf beteiligen sich nun auch an der Bewegung unserer Staatsarbeiter. So idyllisch unsere Waldhöfe auch liegen, so wenig aber sind die Forstarbeiter von ihrer Lage erfreut. Gewöhnlich ist man geneigt, die Lage der auf dem Landgebiete anwesenden Arbeiter für etwas erträglich anzusehen, als die des städtischen Proletariats. Der Stadter glaubt sich, wenn er an das Ländliche denkt, ein hübsches Häuschen mit Garten und etwas Geld vor Augen und sieht den ländlichen Arbeiter für seinen Bedarf Ackerbau und Viehzucht in kleinerem Umfang betreiben. Er hört da einige fettgemästete Schweine vergnüglich grünen und glaubt, im Rauchfang Schinken, Speck und Würste bummeln zu sehen. Dazu jeden Tag einen Teller voll frischer Eier, Obst und sonstiger Herrlichkeiten. — In der Wirklichkeit vermischt sich oft das farbentrotte, uppige Bild und grau in grau malt sich des Landproletariats Alltagsleben, zumal wenn er eine nur wenig

einträgliche Arbeitsstelle hat. Er ist gezwungen, das bißchen freie Zeit, das ihm verbleibt, zu harter Arbeit auf einem gepacketen Stückchen Kartoffelfeld zu opfern, um für sich und die Seinen die allernotdürftigsten Nahrungsmittel zu gewinnen. Das reizende und geräumige Landhäuschen schrumpft bei genauerem Hinsehen oft zu einer ärmlichen Kiste oder noch erbärmlicheren Mietswohnung zusammen, die mit 200—240 Mk. oder mehr pro Jahr bezahlt werden muß. Durch die Verkehrsverhältnisse werden Lebensmittel und Bedürfnisse sehr verteuert, so daß mit jedem Pfennig scharf gerednet werden muß. Wenn wir nun berichten, daß zurzeit die Löhne der Waldarbeiter seit diesem Frühjahr 3 Mk. betragen, so kann sich jeder Unbefangene leicht ein Bild von der Lebenshaltung einer Familie machen, die aus vier, fünf oder gar sieben Köpfen besteht. Wie an vielen anderen Stellen der hamburgische Staat offenbar glaubt, daß Arbeiter im Winter bedeutend billiger leben können als im Sommer und er im tiefsten und schärfsten Winter die Löhne kürzt, so auch hier. So wurden z. B. noch im verfloßenen Winter in Wohldorf 2,40 Mk. gezahlt. In den Walddörfern ist das Brennholz keineswegs wohlfeil, im Gegenteil, und nun gar die enormen Kohlenpreise dieses Jahres! Die Zahl der Waldarbeiter ist nur gering, und es könnte den beteiligten Deputationen (Pau- und Finanz-) wirklich ein leichtes sein, den angemessenen Lohn von 4 Mk. pro Tag ohne Abzug im Winter zu zahlen. Ein Privatunternehmer würde z. B. für Erdarbeiten unter 40 und 45 Pf. die Stunde gar nicht zahlen können, der Staat aber macht es. Die staatlichen Behörden sollten doch endlich aufhören, ihre vornehmste Aufgabe in der Niederdrückung der Arbeiterlöhne zu erblicken. Jetzt stellen sich schon die rauen Rechnungen ein und mahnen eindringlich an den kommenden Winter. Alle Staatsarbeiter in Stadt und Land sollten das gleichfalls als eine Mahnung dahin auffassen, stets auf der Wacht zu sein und in Verbindung mit dem Gros der organisierten Kameraden zu bleiben.

Heidelberg. Kollege Schäfer-Köln sprach am 28. August in einer gut besuchten Versammlung über: „Die Gemeindefarbe im Massenkampf“. Er gab zunächst ein Bild der Entwicklung des kapitalistischen Systems, das den Massenkampf bedinge. Er zeigte sodann die Stellung der Gemeindefarbe in diesem Kampfe und nannte die verschiedenen Hilfsmittel, deren sich die Gemeindefarbe zu bedienen habe: gewerkschaftliche und politische Betätigung, Unterstützung der Arbeiterpresse und dergl. Er forderte zum energischen Ausbau unseres Verbandes auf. Der Vortrag fand reichen Beifall. Er wird mit dazu beitragen, unsere Zahlstelle zu befestigen und neue Anhänger für unsere gute Sache zu gewinnen.

Lübeck. Eine gut besuchte Versammlung fand am 6. September statt. Nach einer ausführlichen Erörterung über den Gewerkschaftsartikelstich wurde eine Regelung der Entschädigungen für Unterlassener vorgenommen. Es wurde noch bekannt gegeben, daß bereits weit über 200 Kollegen bei uns organisiert sind. Mit einem kräftigen Appell, für rege Agitation unter den noch fernstehenden Kollegen Sorge zu tragen, wurde die Versammlung geschlossen.

München. Am Donnerstag, den 6. September, fand im Restaurant Peterstaler eine zahlreich besuchte Versammlung der städtischen Laternenwärter statt. Genosse Perininger referierte über „Die wirtschaftliche Niederlage der arbeitenden Massen und deren Folgen“. In längeren sachlichen Ausführungen schilderte Medner das zurzeit herrschende Ausbeutertum unter besonderer Beleuchtung der Bildung des Kohlenyndikats. Auch die städtischen Arbeiter haben unter dem jetzigen Zustand sehr zu leiden, wenn auch erwiesen ist, daß die Organisation in den letzten Jahren einige Besserung geschaffen hat. Aber immerhin ist zu konstatieren, daß auch die Bezahlung der städtischen Arbeiter noch sehr weit hinter den Arbeitern der Privatbetriebe zurückbleibt. Das beste Mittel ist die einheitliche Organisation aller städtischen Arbeiter im Gemeindefarbeverband, in den einzutreten Pflicht aller denkenden Arbeiter sein müsse. Die Ausführungen wurden von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen. — Zum 2. Punkt verbatete Kollege Weigl über die vor kurzem veranlassete Statistik unter den Laternenwärmern, die eine genaue Uebersicht über die im Jahre 1906 verhängten Strafen und verhängten andere Dinge ergibt. Mehrere Diskussionsredner beurteilen das bisher beliebte Strafsystem und fordern die Erleichterung des Verbandes auf, in Wäde auf eine anderweitige Regelung desselben hinzuwirken. Wiederholt wurde der Antrag gestellt, der Arbeiterausschuß möchte dahin wirken, daß die Lohnauszahlung für die Laternenwärter wieder am 1. jeden Monats zu erfolgen hätte. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Im übrigen scheint bei den Laternenwärmern eine Flaubet einzurücken, die der Durchführung obiger Punkte gewiß nicht förderlich ist. Deshalb gilt auch für die Münchener Laternenwärter „Alle Mann an Bord!“

München. Am Freitag, den 6. September, abends, fand im Gasthaus „Zum Mühlbacher“ eine gutbesuchte Versammlung der Gasarbeiter des Werkes am Kirchlein statt. Leiter Sebold berichtete über die Verhandlung der an den Magistrat bezug. an den Verwaltungsausschuß der Gaswerke geleiteten Eingaben. Allgemeines Unwohlsein erregte es, daß die magistratische Verwaltungsmaschine anscheinend an chronischer Langsamkeit leidet und mit

Vernunftgründen nicht davon abzubringen ist. Besonders erfreut waren die Versammelten, weil auch Kollege Altvater-Stuttgart, der früher auch den jetzigen Gau Südbayern zu bearbeiten hatte, sowie auch Kollege Hedmann-Mannheim in der Versammlung erschienen waren. Beide hatten ihren Urlaub dazu benutzt, dem sagenumwobenen Mär-Athen einen Besuch abzustatten. Die Ausführungen dieser Kollegen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Kollege Hedmann zeichnete ein Bild der Entwicklung der Gasindustrie. Die Versammelten waren erstaunt, zu hören, daß z. B. der Mindestlohn der Gasarbeiter in Stuttgart 3,60 Mk. pro Tag, in Mannheim 3,90 Mk. und nach einem Jahre bereits über 4 Mk. beträgt. Es ist dies ein Umstand, der anscheinend der Münchener Gasdirektion trotz ihrer angeblichen Kenntnis der Arbeitsweise in den größeren deutschen Gaswerken noch nicht so recht geläufig ist. — In der Diskussion forderten die Gasarbeiter erneut die Anstellung des 6. Mannes pro Schicht, sowie die Entlastung der Tienpoker. Letztere Sparte soll nun bei der stündigen Schicht daselbe wie früher in 12 Stunden leisten, eine Praxis, die alles weniger ist als eine sozialpolitische Tat. — Auch noch andere Gruppen, die sich zurückgesetzt oder geschädigt fühlen, waren erbozt über die endlose Verschleppung ihrer Anträge. Allgemein wurde der Wunsch laut, mit den Kollegen der übrigen Werke wieder eine gemeinsame große Gasarbeiterversammlung zu arrangieren. Nachdem noch ein „Christlicher“ oder katholischer Arbeitervereiner oder weiß der Teufel, was er sonst ist, durch seine konfusen Ausführungen, die man aber, um das Prinzip der Redefreiheit hochzuhalten, ruhig und mitteilungsgerührt anhörte, gesprochen und von seiten des Kollegen Sebold gebührend abgefertigt wurde, faßte die Versammlung in voller Einmütigkeit und Uebereinstimmung folgende Resolution: „Die heute, den 6. September, versammelten Kirchheimer Gasarbeiter beauftragen den Arbeiterausschuß, bei der Gasdirektion auf eine baldmöglichste Erledigung der eingebrachten Petitionen zu bringen und sich auf keine weitere Verschleppung mehr einzulassen. Zugleich fordern sie alle der Organisation noch fernstehenden Kollegen auf, sich unverzüglich der Organisation anzuschließen, um so unseren Wünschen mehr Nachdruck zu verleihen.“

Nürnberg. Am 28. August fand im „Historischen Hof“ eine allgemeine Versammlung statt. Der Saal war überfüllt, so daß die Zuhörer bis auf dem Treppenhof standen. Wohl über 400 Kollegen waren erschienen. — Zum 1. Punkt der Tagesordnung „Der Arbeiterkongress und die internationale Gemeindefarbekonferenz in Stuttgart“ erhielt unser Redakteur, Kollege Dittmer-Perlin das Wort. Derselbe schilderte in großen Zügen die Vorgänge und Beschlüsse auf dem Internationalen Arbeiterkongress. Medner ging dann ausführlich auf die internationale Gemeindefarbekonferenz ein. In Privatbetrieben wage man es nur noch selten, das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter anzutasten. Anders in Staats- und Gemeindebetrieben. Hier verführe selbst die Gesetzgebung einzugreifen, wie z. B. beim zurückgewiesenen Nebelgeseh, wonach die Arbeiter öffentlicher Betriebe vollständig entrecht worden wären. Wie branden aber keine Verschlechterung des Koalitionsrechts, sondern eine Verbesserung, denn bisher haben wir nicht einmal das volle Koalitionsrecht. Während in zahlreichen Privatbetrieben mit der Organisation verhandelt wird, gibt es nur ganz wenige deutsche Stadtverwaltungen, welche die Organisation der Gemeindefarbe als verhandlungsberechtigt anerkennen. Bei vielen Stadtverwaltungen ist der geistige Horizont ein derart beschränkter, daß sie glauben, ihrem Prestige ginge etwas verloren, wenn sie mit der Organisation verhandeln. In anderen Ländern nimmt man einen vernünftigeren Standpunkt ein; dies beweist u. a. ein Vorkommnis aus Anlaß der internationalen Gemeindefarbekonferenz. Die dänische Delegation wollte in Köln das Gaswerk besichtigen. Zu diesem Zweck hatte sie von der Kopenhagener Stadtverwaltung ein Empfehlungsschreiben mitbekommen, in welchem ausdrücklich hervorgehoben wurde, die Herren seien besonders deshalb zu empfangen, weil sie organisiert sind. Medner führt ferner an, daß dort, wo die Organisation eine gute ist, auch die materiellen Verhältnisse unserer Kollegen bessere sind. In Dänemark sind z. B. 95 Proz. der Leuchtungsarbeiter organisiert, dafür haben diese Kollegen auch längst den 8. und 9. Stundentag und entsprechend höhere Löhne. In Bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren die Ausführungen des Schweizer Delegierten und Untersekretärs Grenchich von hohem Interesse. In der Schweiz legt man allerdings den Schwerpunkt auf die politische Tätigkeit infolge der anders gearteten Verhältnisse. Gegenwärtig wird dort ein Mindestlohn von 5 Frank (4 Mk.) für den Arbeiter gesetzlich festgelegt. Hinsichtlich der internationalen Verbindung und Unterstützung sind nun ebenfalls Vorkehrungen getroffen, die den Gemeindefarbearbeitern aller Länder zum Nutzen gereichen würden. Bei der Alkoholsfrage ist zu bemerken, daß auch wir den Kampf gegen den übermäßigen Genuß von Alkohol zu führen haben. Die Erfahrung hat aber auch gezeigt, daß schon mancher brave Kollege durch Alkoholisierung demunziert und um seine langjährige Stellung gekommen ist. Die Ausführungen endigten in einem warmen Appell an die Nürnberger Kollegen, alle Zuhörer fallen zu lassen und sich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

anzuschließen. — Der gespendete Beifall zeigte das Einverständnis der Anwesenden. Von einer Diskussion über diesen Punkt wurde mit Rücksicht auf die weitere Tagesordnung abgesehen. — Zum 2. Punkt: „Vorlegung und endgültige Beschlusfassung über unsere Lohnneingabe“ berichtete Gauweiler Kollege P. v. d. R. Nürnberg. In der Hand einer hochinteressanten, von ihm selbst aufgenommenen Statistik über die Lebenshaltung der Nürnberger städtischen Arbeiter ging er auf die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein und gab daran anschließend den Wortlaut der alsbald einzureichenden Forderungen bekannt. Die im Sinne des Referats einstimmig angenommene Resolution lautet: „Die am 28. August d. J. im „Historischen Hof“ zahlreich versammelten Gemeindefürsprecher Nürnbergs beklagen hierdurch, daß die zurzeit den städtischen Arbeitern gewährten Löhne nicht ausreichen, um den notwendigen Forderungen des täglichen Lebens Rechnung tragen zu können. Mit den in der Versammlung beschlossenen Lohnsaktionen erklären sie sich einverstanden. Dasselbe gilt auch von den anderen Forderungen. Die Versammelten beauftragen das gewählte Bureau, die Wünsche der Arbeiter den beiden städtischen Kollegien baldmöglichst zu unterbreiten. Gleichzeitig wird die Erwartung ausgesprochen, daß die beiden Kollegien die nächsten Sitzungsberatungen zu einer tiefgehenden Aufbesserung der Löhne, sowie des Arbeitsverhältnisses überhaupt benutzen mögen.“ — Was wir noch wohl oder übel erwähnen müssen, ist die gemeine Kampfesweise der Hirsch-Dunderischen und der Hassellianer. Diese beiden „Organisationen“, die sich nur dem Namen nach von einander unterscheiden, hatten durch Handzettel ihre Anhänger aufgefordert, alle in unserer Versammlung zu erscheinen. Nicht etwa, um diese zu einer imposanten zu machen, sondern um sie zu sprengen! Hat doch Hassel seinen Reuten vor der Abstimmung gesagt: „Kommt es zur Abstimmung über die Lohnneingabe und wir sind nicht in der Majorität, dann rufe ich: Auf, und wir gehen alle hinaus!“ Trotzdem alles aufgegeben war, gelang es aber selbst den vereinigten Gegnern nicht, die Majorität zu erreichen, und damit dürfte die Bedeutungslosigkeit dieser Reute zur Evidenz bewiesen sein. Die Abfuhr, die sie in dieser Versammlung bekamen, war eine gründliche und wohlverdiente. Allseitig wurde ihr arbeiterverräterisches Treiben gebührend markiert. Ein Kunststück brachte Hassel fertig. Er erklärte, unsere Eingabe sei zwar sehr gut, aber nicht notwendig, denn was wir verlangen, sei zum Teil schon im Frühjahr von ihnen eingereicht! In demselben Atemzug erklärte er aber auch, unserer Eingabe würde es genau so ergehen wie der seinen, sie würde ebenso unbeachtet bleiben. Als er mit seinen die Geduld der Zuhörer fast auf die Probe stellenden, langatmigen Ausführungen zu Ende war, mußte er einsehen lernen, daß der weitaus größte Teil der städtischen Arbeiter in Nürnberg denn doch vernünftig genug ist und sich ihm nicht an die Hockschöke hängt. Als er sein Spiel verloren sah, verließ er und seine wenigen Anhänger und einige Hirsch-Dunderischen mit dem möglichen Madam das Lokal, nachdem die Beamten der Hirsch schon vorher vergeblich versucht hatten, die Versammlung durch Geschäftsordnungsdebatten usw. zu stören. Die Antwort für dieses gewissenlose Spiel blieb nicht aus. Eine Anzahl Kollegen aus den gewerkschaftlichen Organisationen ließen sich zu uns überschreiben, da ihnen eine derartige Handlungswelt doch zu toll war. Wenn nun Hassel glaubt, in Versammlungen und in der „Einigkeit“ unserem Gauweiler seine Jugendlichter zu vorwerfen zu müssen, dann sei ihm verraten, daß unser Kollege P. v. d. R. mit seinen 33 Jahren sich freuen darf, seine Kräfte bestenfalls noch recht lange unserer Organisation zu weihen. So jeder arbeitsfähigen Belämpfung greift man aber bekanntlich nur, wenn man sonst nichts zu sagen weiß, und so ist es auch mit dem Geschrei in Nr. 34 der „Einigkeit“. Daß die Redaktion das Zeug als druckfähig ansehen konnte, ist auch wohl nur in der „Einigkeit“ möglich. Dem Hirsch-Dunderischen Strubist, der sich in Nr. 11 des „Frankfurter“ eine so schöne Derabwürdigung unserer Tätigkeit geleistet, sei erwidert, daß wir unseren Weg vorwärts gehen, trotz aller Verleumdungen und Entstellungen. Das hat auch diese Versammlung zum Verrag unserer Feinde bewiesen. Mit einem kräftigen Appell, alles daran zu setzen, um die Arbeiterzerplitterung aufzuheben zu machen, und mit brausenden Hochrufen auf unseren Verband schloß die imposante Versammlung.

Reichenhall. Am Samstag, den 7. September, abends, fand im Reichenhaller Gewerkschaftshaus eine sehr gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter statt. Gauweiler Kollege S. Sebold referierte über „Die zukünftige Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter“ und verurteilte dabei rückhaltlos die bei der Sitzung des Reichenhaller Gemeindefolksgremiums ausgesprochenen Äußerungen, die darauf abzielten, wegen der nun bereit für die Sommermonate eingetretene Lohnerhöhung die Kollegen noch viel mehr anzutreiben, was auf kein allzu stark ausgeprägtes Menschlichkeitsgefühl dieser Herren schließen läßt. (Siehe a. Nr. 37 der „Gew.“ Aus den Stadtparlamenten.) Da nun aber die Bedürfnisse des Arbeiters im Winter (Mleidung, Heizung, Beleuchtung, Nahrung) entschieden höhere sind, als im Sommer, so ist es gerade vom Standpunkte der Gemeinde aus nicht mehr als recht und billig, im Winter die Löhne in gleicher Höhe wie im Sommer zu bezahlen. Zu dieser Einsicht haben sich in letzter Zeit doch endlich die meisten Stadtverwaltungen herabgelassen und wohl oder übel wird auch die

Stadtverwaltung des vornehmen Bade- und Kurortes Reichenhall in diesen ist etwas sauer dünkenden Apfel beißen müssen. Eine Reduzierung des Lohnes im Winter läßt sich vom sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Standpunkte überhaupt nicht rechtfertigen und nur die reine Plasmaderei kann auf derart abstrakte Gedanken verfallen. Besonders aber hätte die Reichenhaller Stadtverwaltung im Auge zu behalten, daß die samt und sonders sehr gut organisierte Gesamtarbeiterchaft Reichenhalls auch einen ganz erheblichen Teil der Steuern aufzubringen hat, und daß sie — wenn es ihnen auch bislang leider noch nicht gelungen ist, ins Gemeindeparkament einzudringen — als indirekte Arbeitgeber in der Kommune muster-gültige Arbeits- und Lohnverhältnisse geschaffen wissen wollen. Der Sympathie und Unterstützung des Gewerkschaftsvereins Reichenhall sind die städtischen Arbeiter bei ihrem Vorgehen sicher. Die Versammlung beschloß einstimmig, in Anerkennung des bisherigen Entgegenkommens an die Stadtverwaltung, das Ersuchen zu stellen, die Löhne im Winter in der gleichen Höhe wie im Sommer ausbezahlen sowie auch den alten, invaliden Arbeitern eine kleine Aufbesserung zuteil werden zu lassen. — Nach Schluß der Versammlung sprach Kollege Sebold in einer Verurteilung der sozialdemokratischen Partei über den „Internationalen Sozialistengroßkongress“ in Stuttgart, wozu sich ersichtlicherweise auch der größte Teil der städtischen Arbeiter eingefunden hatte und dem Vortrage mit voller Befriedigung zuhörte. Alles in allem ist zu konstatieren, daß die junge Reichenhaller Stadtverwaltung ein sehr tüchtiges Glied unseres Verbandes zu werden verspricht.

Traunstein. Die junge Reichenhaller Traunstein veranstaltete am Sonntag, den 8. September ihre erste Versammlung als selbständige Zählstelle. Der Besuch war sehr befriedigend. Auch einige Kollegen aus der lgl. Saline und eine Anzahl Waldarbeiter hatten sich eingefunden. Kollege Sebold sprach über die der Versammlung bereits im Wortlaut vorliegende Eingabe, die an die Traunsteiner Stadtverwaltung eingereicht werden sollte, und die eine Erhöhung des zurzeit noch sehr niedrigen Lohnes, Zuschläge für Überstunden, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, Urlaub sowie Bezahlung der Differenzen zwischen Lohn und Stranzengehalt auf die Dauer von vierzehn Tagen, bringen soll. Die vom Referenten gegebenen Erläuterungen der Eingabe fanden den ungeheuren Beifall der Versammlung. Es ist zu erwarten, daß der Magistrat Traunstein der Vorlage keine besonderen Schwierigkeiten entgegenstellen wird, nachdem er sich durch eine Umfrage an 15 deutsche, der Größe Traunsteins entsprechende Städte wohl selbst von der Notwendigkeit einer Verrückung der städtischen Arbeiter überzeugt haben dürfte. — Unter Bezugnahme auf die Verhältnisse bei der lgl. Saline und bei den staatlichen Waldarbeitern schilderte Sebold das demagogische Verhalten der Zentrumspartei im bayerischen Landtage, die mit ihrer Fleischarbeiterfreundlichkeit die Arbeiter nur am Karrenrad herumführen, was sich gerade bei den Salinenarbeitern mit erschreckender Deutlichkeit zeigt. Werden doch in der Saline Löhne gezahlt, die geradezu ein Lohn auf die menschliche Kultur sind; und da adressieren sich auch noch die Verleumdungen des „Arbeiter“-Salinenarbeiterverbandes, den Arbeitern Zufriedenheit zu predigen. Eine nette Arbeiterorganisation! Mit dem Appell an die Saliner, einzutreten in die freie Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, und so Schulter an Schulter mitzukämpfen mit der großen, das ganze Weltall umspannenden Arbeiterbewegung für die hehren Ziele der achtstündigen Arbeitszeit, einer angemessenen Entlohnung, um damit auch den arbeitenden Massen die Teilnahme zu ermöglichen an den Gütern, die unsere Mutter Erde in wahrhaft verwunderlicher Fülle hervorbringt, schloß Redner unter dem Beifall der Versammlung seine Ausführungen. — In der Diskussion wurden sehr lebhaft Äußerungen darüber laut, daß es einem frei organisierten Arbeiter förmlich unmöglich sei, in der Saline zu arbeiten. Da werde solange terrorisiert, demunziert und intrigiert, bis der Mann auf der Straße liege, wobei auch die unteren Beamten den „Christlichen“ die Stange halten sollen. Darum dürfte zu empfehlen sein, daß in dieser Richtung einmal reiner Tisch gemacht würde, denn es geht doch nicht an, daß der Staat, der selbst das Koalitionsrecht gesetzlich festgelegt hat, dieses Recht durch seine Untergebenen benutzen läßt. Auch die städtischen Arbeiter beklagten sich, daß der städtische Polizeikommandant, dessen Kenntnisse auf sehr gespanntem Fuße mit seiner Charge stehen, den Arbeitern auf eine Art und Weise verfährt, die unter keinen Umständen mehr zu billigen ist. Zu übrigen waren sämtliche Anwesenden mit dem Inhalt der vorgelegten Eingabe einverstanden; um dies auch äußerlich zu dokumentieren, wurde folgende Resolution vorgelegt und einstimmig angenommen: „Die heute, Sonntag, den 8. September, beim Wiesnmarkt versammelten städtischen Arbeiter erklären sich mit der vorgelegten Petition voll und ganz einverstanden. Sie beauftragen den Gauweiler K. Sebold, Runden, diese beim Magistrat Traunstein einzulegen und erwichtigen denselben, sowie auch den Vertreter des Gewerkschaftsvereins Traunstein, im Namen der städtischen Arbeiter die Verhandlungen mit dem Magistrat zu führen und zum Abschluß zu bringen.“ — Sonntag nachmittag fand bei herrlichem Wetter — der Himmel war wieder einmal mit den „Wolken“ im Pande — das Arbeiterfrühstück statt. Ein langer Zug war es, der unter Vorantritt einer Kapellapelle dem Festplatze

zu, die Stadt durchzog. Kollege Sebalb hielt dort, des öfteren von stürmischen Beifallsrufen unterbrochen, die Festrede. So zeigt es sich, daß auch in diesem schwarzen Winkel, allen jesuitischen Kniffen der Gegner zum Trotz, die Arbeiterbewegung marschiert, unaufhaltsam dem Ziele entgegen.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die 8. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins wurde in Dresden vom 1. bis 5. September 1907 abgehalten. Laut Geschäftsbericht, den der Geschäftsführer Georg Schmidt erläuterte, zählte der Verband im 2. Quartal 1907 5146 Mitglieder gegenüber 2153 im 1. Quartal 1901. Die verfloßene Geschäftsperiode war reich an Kämpfen, aber auch an erfreulichen Erfolgen. Es wurden bei der Haupttagung vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1907 insgesamt (zuzüglich 6059,28 Mk. Bestand) 106 756,77 Mk. vereinnahmt; verausgabt 103 157,40 Mk., und verblieb 3599,37 Mk. Massenbestand. Die Zeitung kostete 23 582,51 Mk., Unterhaltungen 12 026,35 Mk., Rechtschutz 15 878,86 Mk., Agitation 11 217,08 Mk., Lohnbewegungen und Streiks 15 893,21 Mk. — In der Diskussion wurde auch das Verhältnis zum Gemeindearbeiterverbande berührt, wobei es nicht ganz ohne Entgleisung eines Delegierten abging. Der Vertrag von 35 Pf. pro Woche, jugendliche und weibliche Mitglieder 25 Pf., wurde beibehalten, doch wurden den filiellen Ortsnützlinge zur Pflicht gemacht. Neu wurde die Kranken- und Sterbegeldunterstützung eingeführt. Die Anstellung der Beamten erfolgt nach den Stuttgarter Sätzen. Als Vorsitzender wird der bisherige Geschäftsführer Schmidt, als Kassierer Albrecht wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung findet 1910 in Düsseldorf statt.

Der Verbandstag der Fleischer und verwandten Berufsgruppen tagte in Frankfurt a. M. vom 2. bis 5. September. Es wurde u. a. in den Verhandlungen ausgeführt, daß infolge der starken Teuerung des Fleisches und der damit in Verbindung stehenden Verminderung des Konsums sich eine große Arbeitslosigkeit im Fleischergewerbe bemerkbar mache. Die Verwaltungsstellen des Fleischerverbandes haben sich im Vorjahre von 36 auf 56 vermehrt, der Mitgliederbestand steigerte sich von 2260 auf 3056. Während des letzten Jahres wurden zahlreiche Lohnbewegungen durchgeführt, die zum Teil erfolgreich waren. Auch Tarifverträge für die Fleischergehilfen sind schon in verschiedenen Städten abgeschlossen worden. Die Konsumgenossenschaftsfleischer, die in Deutschland bestehen, haben zum Teil Tarifverträge abgeschlossen. Bezüglich der Arbeitseinstellungen wurde der Beschluß gefaßt, daß künftig bei Arbeitseinstellungen nur Unterhaltungen gewährt werden, wenn die Arbeitseinstellungen beim Hauptverband genehmigt sind. Der Vertrag wurde auf 50 Pf. für männliche, 25 Pf. für weibliche Mitglieder festgelegt. Ueber die reichsstatistischen Erhebungen betriebs des Arbeitsverhältnisses im Fleischergewerbe wurde nach einem Referat des Zentralarbeitssekretärs Kob. Schmidt ausgeführt, daß diese Erhebungen unvollständig und minderwertig seien. Als Vorsitzender wurde Hensel, Berlin, als Kassierer Krause, Berlin wiedergewählt.

Die Bergleute und das Knappschaftsgesetz. Die anlässlich des letzten großen Streiks gewählte Siebenerkommission der Ruhrbergleute hat kürzlich zu einer Besprechung des Knappschaftstatutenentwurfes in Essen zusammen. Die Kommission, in der alle Bergarbeiterorganisationen vertreten sind, nahm schließlich folgende Resolution an: „Im Prinzip ist die Siebenerkommission für die Gründung eines Ausbesserungsverbandes der deutschen Knappschaftsvereine, sie stellt sich auf den Standpunkt der Forderung der Monopolen der organisierten Bergarbeiter, welche lauten: Einem Ausbesserungsverbande kann die Generalversammlung des allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum nur dann ihre Zustimmung geben, wenn derselbe ein befriedigendes Knappschaftsstatut aufzuweisen kommt und zweitens die Mitverwaltung in allen Knappschaften des genannten Verbandes durch Statut zur Hälfte von Arbeitervertretern gesichert ist. Diese Mitglieder müssen aus getrennter und geheimer Wahl hervorgehen, um den Arbeitern den nötigen Einfluß zu sichern.“ Bezüglich des Statutenentwurfes erklärte sich die Kommission mit den in den Monopolen der organisierten Knappschaftskollegen gefaßten Beschlüssen, daß das Statut in der vorliegenden Form abzulehnen sei, völlig einverstanden.

Der Zentralverein der Bureauangestellten wird sich in nächster Zeit mit dem Verband der Kranken- und Krankenbeamten vereinigen. Die Vorberatungen haben zu einer vollständigen Einigung geführt. Die neue Organisation wird den Namen Verband der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsvereinsvereine Deutschlands führen und zielt 4000 Mitglieder zählen. Im nächsten Jahre werden beide Organisationen zunächst getrennt und dann zusammen in Berlin tagen und die Verschmelzung vornehmen. Der Verband wird auch der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen werden.

Die „national gesinnten Eisenbahner Süddeutschlands“ hielten am 25. August einen Delegiertentag in

Uhlingen ab. Vertreten waren insgesamt 46 000 Eisenbahner, die in den württembergischen, bayerischen und badischen Verbänden organisiert sind. Besprochen wurden auf der Tagung allgemeine Arbeiterfragen, doch will man, ehe hierzu bestimmte Forderungen gestellt werden, eine für Württemberg in Aussicht gestellte Denkschrift abwarten. Bei Besprechung der Teuerungsvhältnisse wurde beschlossen, die Verbände möchten darauf hinwirken, daß ihre Mitglieder außerhalb der Eisenbahner-Organisationen sich politisch betätigen, um Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erlangen. Zum Thema Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wurde die Forderung vertreten, daß in dem zu erwartenden Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine die Reichsregierung die Organisation der Staatsdiener nicht wieder ausschließe, sondern sie mit den übrigen gewerkschaftlichen Organisationen gleich behandle. Auf das Streikrecht verzichteten die Organisationen der Staatsdiener hierbei ausdrücklich. Am deutschen Arbeiterkongress, der in diesem Jahre in Berlin stattfindet, werden Vertreter des württembergischen und bayerischen Eisenbahnerverbandes teilnehmen. — Nur recht hübsch zahm, damit kommt man zwar nicht weiter in den materiellen Verbesserungen, aber man wird doch wenigstens „da oben“ geduldet!

Rundschau.

14½ Millionen Ueberschuß. Nach Mitteilung des Berliner Stadtkämmers in der letzten Magistratsitzung stellt sich die Rechnung für das Etatsjahr 1906/07 um rund 14,6 Millionen Mark günstiger, als nach dem Etat zu erwarten war. Von diesem Betrage entfallen auf Mehreinnahmen (Ueberschüsse von Verwaltungen) rund 9,8 Millionen Mark, auf Minderausgaben und Minderausgaben rund 4,8 Millionen Mark. Bei den Mehreinnahmen sind vorwiegend die Steuern mit rund 8 Millionen Mark beteiligt. Hiervon entfallen 3 Millionen Mark auf die Einkommensteuer und 1,8 Millionen Mark auf die Umsatzsteuer. In zweiter Linie kommt ein Ueberschuß der städtischen Betriebe von 3 Millionen Mark. An ihm sind die Gaswerke mit 1,7 Millionen Mark beteiligt, die vorzugsweise auf den Mehrerlös für Nebenprodukte zurückzuführen sind. Namentlich wurden für Holz erheblich höhere Preise erzielt als veranschlagt worden waren, auch wurden bei dem strengen Winter die alten Holzbestände verkauft. — An den Minderausgaben war vor allem die Kapital- und Schuldenverwaltung mit rund 2,8 Millionen Mark beteiligt. Ein wesentlicher Anteil an diesem Betrage (1,1 Millionen Mark) entfällt auf Mehreinnahmen an Zinsen von Kapitalien und Kassenbeständen. Weitere erhebliche Beträge rühren aus einer Zahlung der Gaswerke für eine Schuld gegenüber der Kammereverwaltung und aus Stückzinsen für verkaufte Anleihen her. Diese Beträge tragen den Charakter außerordentlicher oder einmaliger Einnahmen. Bei der Tiefbauverwaltung sind im Jahre 1906 1,3 Millionen weniger verausgabt als angenommen worden war. Die Armenverwaltung hat 600 000 Mk. weniger erfordert. Bei der Manufakturverwaltung beträgt der Minderauschuß 600 000 Mk., der mit 200 000 Mk. auf eine Mehreinnahme an Straßenanliegerbeiträgen, mit 200 000 Mk. auf eine Minderausgabe bei Bau und Veränderung von Straßenleitungen usw. zurückzuführen ist. Tagelohn ist bei den Riefeldern eine Mindereinnahme von 100 000 Mk. zu verzeichnen. Bei der Straßenreinigung ist eine Mehrausgabe von 987 000 entstanden. — Was wird man im Noten Hause nun bloß für Anordnungen finden, wenn die Forderungen unserer Kollegen definitiv verhandelt werden? Früher beteuerte man ständig seinen guten Willen und wies auf den kümmerlich balancierenden Stadtkädel hin, wenn die städtischen Arbeiter eine Aufbesserung forderten. Mittlerweile hat sich die Finanzlage Berlins gebessert, während die Lage der städtischen Arbeiter sich — die Lebensmittel usw. — steigerten eingerechnet — nachweislich verschlechtert hat. Wozu sind eine Anzahl Städte der „Stadt der Intelligenz“ voraus in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen für städtische Arbeiter. Soll nun wieder mit 1 Pf. pro Stunde aufgehört werden, so wird die Unzufriedenheit unserer Kollegen nicht bei bloßen Worten Halt machen! Die Stadtverwaltung mag wohlweislich überlegen, ob sie größere Arbeitsentlöhne herausbekommen will, oder ob es nicht doch endlich an der Zeit ist, den lange erhobenen Forderungen der Berliner städtischen Arbeiter mehr Rechnung zu tragen wie bisher!

Eine zeitgemäße Revision! Aus dem Berliner Rathaus wird geschrieben: „Den Gemeindevorstand betreffend die Forderung von Ruhegeld und Rente für die städtischen Arbeiter, welche die ohne Pensionsberechtigung dauernd bei der Stadt angestellten Personen, insbesondere also für die städtischen Arbeiter, will der Berliner Magistrat durch eine Kommission einer Entscheidung unterziehen lassen. Dabei soll insbesondere auch geprüft werden, ob und in welcher Weise die kürzlich vorgenommenen Verbesserungen des Beamten-Pensionsgesetzes und des Gesetzes über die Rente für die Hinterbliebenen der Beamten auf die städtischen Arbeiter auszuwirken sind. Bekanntlich beträgt nach diesen Gesetzen bei Pensionierungen vom 1. April dieses Jahres ab das

Mindestmaß der Pension 20 Sechzigstel des Gehaltes an Stelle von 15 Sechzigstel nach der bisherigen Regelung; dementsprechend erhöhen sich nun alle Pensionen bis zum zurückgelegten 30. Dienstjahre und die Bezüge der Hinterbliebenen. Nach dem Ausfall dieser Prüfung wird eventuell der Berliner Magistrat vor der Etatsberatung der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu geben lassen. — Wir hoffen, daß mit dieser Durchsicht einschneidende Verbesserungen vorgenommen werden, und zwar nicht bloß eventuell, wie der Bericht sagt, sondern in jedem Fall. Vor allem sollte ein Mindestsatz festgelegt werden, wie dies bereits in den Statuten von 38 deutschen Stadtgemeinden geschehen ist. Eine Anzahl Väter müssen ferner gleichfalls ausgemerzt werden, wie wir sie seinerzeit in der Broschüre „Die Stadt Berlin und ihre Arbeiter“ nachgewiesen haben. Die Berliner Arbeiterausschüsse werden in dieser Angelegenheit ja schließlich auch noch ein Wortlein mitzusprechen haben!

„Christliche“ Gewerkschaften. In Rheine, einem der schwärzesten Nester des Münsterlandes, waren freigeordnete Holzarbeiter tätig, denen es gelang, eine Zählstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes ins Leben zu rufen. Darob große Wut bei den in Rheine dominierenden „christlich“ organisierten Holzarbeitern, die in dem Maße stieg, als die freien Holzarbeiter von den Christlichen mehrere herüberholten. Einer von den Uebergetretenen, ein Ausländer, meldete am 26. August dem christlichen Kassierer durch Postkarte seinen Austritt aus dem christlichen Verband an. Darauf erhielt er einen Brief folgenden Inhalts:

Auf Dein Schreiben vom 26. Aug. zurückzukommen theile ich dir mit daß deine Abmeldung nicht früher angenommen wird, bis daß Du die Streikunterstützung die du während des Streits erhalten hast zurückstattest. Andernfalls Mäße gegen dich erhoben wird und du in Folge dessen Unannehmlichkeiten davon hast. Bedenke wohl was du machst du mußt wissen weil du ein Ausländer bist daß so wie du es machst hier in Deutschland nicht durchkommt denn wir haben hier in Deutschland Sozialdemokraten genug und wenn sich Ausländer daran beteiligen so bekommen sie direkt Landesverweis. Ich werde deine Karte behalten und sie der Polizei überliefern.

Mit Gruß

Der Bekannte.

Zweierlei an diesem kassischen Schreiben ist echt christlich: Die offene Drohung mit der Denunziation und die Freigabe, die den „Christen“ abhielt, den Brief mit seinem richtigen Namen zu unterzeichnen. Im übrigen spricht das Schreiben für sich selbst.

Saager Friedenskonferenz-Resultate.

War kommt der ew'ge Friede nicht so schnell,
Doch haben, die das große Werk gestalten,
Dafür in einem einzigen Hotel
An siebzig Festmahlzeiten abgehalten.

Die Völker rüsten weiter um die Welt,
Und weiter wachsen die Milliarden Schulden;
Doch dafür gab Brasilien ein Pantell,
Das trodene Gedeck zu dreißig Gulden.

Erlaubt ist weiterhin jedwedes Staat
Piraterie und Kriegeranwand;
Doch dafür war das Roastbeef del. cat
Und einfach wunderbar die Remoulade.

Für seine Büchsen mag jedwedes Heer
Dum-Dum-Geschosse weiter fabrizieren;
Doch dafür ward beschlossen, niemals mehr
Salat von Büchsennummer zu servieren.

Caliban.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. Verlag: Georg Meiner. Nr. 24 des 10. Jahrg. Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Verlag: Georg Meiner, Berlin. Nr. 12 des 12. Jahrgangs.

Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung. Unter diesem Titel ist soeben auf Veranlassung des Parteivorstandes von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW. 68, Lindenstr. 68, das erste Heft einer Flugchriftenserie herausgegeben. In dieser Serie sollen in leicht verständlicher Form Fragen des öffentlichen Lebens behandelt werden, die für die Arbeiter und für unsere Parteigenossen von besonderer Bedeutung sind.

Die Wahl-Lügen der bürgerlichen Parteien. Eine Sammlung und Widerlegung der im Wahlkampfe von den bürgerlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen. 256 Seiten, Preis gebunden 2 Mk. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 68.

Die Neue Preussische Jagdordnung vom 15. Juli 1907. Verlag: L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdenerstr. 80. Preis 1 Mk.

Vindemann, „Die städtische Regie“. (Heft 6 der „Sozialdemokratischen Gemeindepolitik“) Preis 75 Pf. Agitationsausgabe 10 Pf. Vorwärts-Buchhandlung. Der Verfasser will die großen wirtschaftlichen Betriebe, wie Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw., die heute häufig noch Ausbeutungsobjekte privater Gesellschaften sind, zu Eigentum der Gemeinden machen, um diese Unternehmungen im Interesse der Allgemeinheit auszubauen und nützlich zu machen.

Jetkin, Zur Frage des Frauenwahlrechts. Preis 1 Mk. Agitationsausgabe 50 Pf. Verlag: Vorwärts-Buchhandlung. In klarer und überzeugender Weise legt Genossin Jetkin alle die Gründe dar, die für die Notwendigkeit der Einführung des Frauenwahlrechts sprechen, während uns ein Anhang einen Ueberblick über die Entwicklung des Frauenstimmrechts in den verschiedenen Ländern gibt.

Bericht über die Tätigkeit der Zählstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1906.

Moderne Jugendbewegung und Alkoholfrage. Von Simon Nakenstein. (1. bis 5. Tausend.) 18 S. 8°. Preis 10 Pf. Agitationsausgabe 100 Stück 3.25, 500 Stück 15 Mk. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenzanten-Bund, Johannes Michaelis, Berlin S. 42, Luisen Ufer 55.

Briefkasten.

Mehrere Artikel und Berichte mußten für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Silesia. War diesmal beim besten Willen nicht mehr möglich, den Artikel unterzubringen. Bezüglich Ihrer Fragen ad 1: Es erfolgt feinerer Ergänzung. ad 2: Ist noch nicht festgelegt, vielleicht Anfang November. Fbdl. Gruß! E. D.

Totenliste des Verbandes.

Georg Sohr, Dresden

Friedrich Prenscher, Dresden

† 11. September 1907 im Alter von 44 Jahren.

† 12. September 1907 im Alter von 39 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Filiale Hamburg-Altona, Distrikt Fuhlsbüttel-Ohlsdorf

Sonntag, 29. September 1907, im Gartenlokal „Nord“ (Inh. Hans Richter), Ohlsdorf, Fuhlsbüttelerstr.

Herbst-Feier

Großes Preis-Regeln. Belustigungen aller Art für Herren, Damen und Kinder. Abends: Champion-Volantaise für Kinder. — Herrenkarte 30 Pf., Damenkarte 20 Pf. — Anfang der Festlichkeiten nachmittags 4 Uhr. — Die Hamburger Verbandskollegen und ihre Familien werden hiermit freundlichst eingeladen.

Distriktsleitung und Festkomitee.